

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich **2.00**, monatlich **70** Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeile oder deren Raum **20** Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur **10** Pfg., auswärtige Anzeigen **30** Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 187.

Dienstag, den 14. August 1906.

13. Jahrg.

Beilage

Das Risiko des Staatsoberhauptes.

R. K. Wilhelm II hat französischen Journalisten geantwortet, daß jeder Staatsoberhaupt stündlich und täglich sein Leben riskiert. Der Kaiser übersah dabei ganz, daß dies sehr viele andere Menschen auch tun. Zahllose Staatsbürger, z. B. die Bergarbeiter, die Dachdecker, die Maurer, die Maler, die Fischer usw. legen ihr Leben ebenfalls täglich und stündlich auf das Spiel, nur werden sie für ihre gefährliche Arbeit nicht so gut bezahlt wie die Staatsoberhäupter. Wenn ein Arbeiter im Jahre einen Verdienst von 1000 Mark hat, gilt er als gut sitzender; der Präsident einer großen Republik erhält etwa zehnmal mehr, also 10 000 Mark im Jahr. Der deutsche Kaiser bezieht sogar 17 000mal mehr als ein Bergarbeiter, oder mit anderen Worten: Er hat die Charaktere von 17 000 Bergarbeitern, die täglich 17 000 Leben riskieren, während er selbst nur ein Leben, nämlich sein eigenes Leben wagt. Der verheiratete Arbeiter hat auch noch das fürchterliche Bewußtsein, daß im Falle seines Todes seine Familie in bitterster Not geraten wird. Monarchen und Präsidenten können sich hingegen sagen, daß für ihre Familien auf alle Fälle gesorgt ist. Ein solches Bewußtsein nimmt dem Tod einen seiner schärfsten Stachel. Die Witwen von regierenden Fürsten brauchen nach dem Hinscheiden ihres Mannes keine Besorgnisse anzunehmen, damit sie ihre Kinder ernähren können, sie müssen nicht „ins Buzen und Waschen gehen“, sie haben es nicht nötig, Bettelsträßen zu machen, mit Obst, Kettigen und Eiern zu hausieren. Diese Damen werden vom Volk, dessen eigene Witwen nur zu oft darben, in freigelegter Weise ernährt. Sie wohnen in großen Palästen, halten sich Dienerschaft und wasserreichen weite Reisen mit dem üppigsten Komfort. Sie mögen den Beschuß des Gatten schwer empfinden, obwohl in den höchsten Regionen die Bande zwischen Mann und Frau, zwischen Kindern und Eltern viel lockerer sind, als im Volke, aber die fürchterliche Sorge ums tägliche Brot kommt nicht an sie heran. Und wenn jemand ein Bergmann, ein Dachdecker, ein Maler, ein Maurer, ein Fischer usw. ist, so muß er wohl oder übel sein Handwerk weiter ausüben, weil es ihn ernährt. Einen Monarchen oder Präsidenten aber hindert nichts am Rücktritt. Will ein Staatsoberhaupt der Gefahr, die sein Amt mit sich bringt, aus dem Wege gehen, so genügt seine Abdankung. Von den zurückgetretenen Monarchen ist noch keiner verhungert oder auf die Drehscheibe angewiesen gewesen. Sie haben den Rest ihres Lebens meistens sehr vergnüglich zugebracht.

Und wie sorgfältig wird das Leben von Monarchen und Präsidenten behütet! Da werden Schutzeinheiten und Polizeispitzen in Masse aufgeboren, ganze Straßen bei Hoffestlichkeiten abgesperrt und der Verkehr wird auf Stunden gehemmt, nur damit einem gewissen einzelnen Menschen kein Leid geschieht. Fährt ein Staatsoberhaupt auf der Eisenbahn, so wird die Sirene primär übermacht, Reservemaßnahmen stehen unter Dampf bereit, das ganze Beamtenpersonal wird alarmiert, im Zug des „hohen Herrn“ sitzt als Reichskommissar ein höherer Eisenbahnbeamter. Außerdem wird häufig ein Sicherheitsdienst vorausgeschickt.

Die Erhaltung des Lebens anderer Menschen wird nicht mit solchem Eifer betrieben. In den Bergwerken fehlen oft die einfachsten Sicherheitsvorrichtungen, die man erst dann einzuführen beliebt, wenn ein großes Unglück geschehen ist. Die Dachdecker, die Maler und Maurer müssen sehr häufig auf den erbärmlichsten Gerüsten arbeiten. Und auf den Eisenbahnen sind gewöhnliche Passagiere nicht einmal eine Sekunde lang ihres Lebens sicher, weil das unzureichende Personal darauf angewiesen wird, daß es kein Wunder ist, wenn folgenschwere Verletzungen sich ereignen.

Und wie relativ gut sind die Monarchen im Falle einer Krankheit oder einer Verletzung daran. Die bedeutendsten Ärzte der Welt bemühen sich um ihre Wiederherstellung; sie können der Ruhe nach der Erholung Jahre widmen und die besten Häber besuchen. Millionen anderer Menschen müssen nur dasitzen stehen, weil sie das Geld zur Anwerbung der Mittel, die die moderne Medizin bietet, nicht haben. Millionen Menschen gehen alljährlich allein an ihrer Armut zugrunde.

Und worauf beruhen denn die dummen und verwerflichen Attentate, die auf die Staatsoberhäupter verübt werden? Sofern sie nicht von der Polizei selbst arrangiert sind, handelt es sich um Taten von Menschen, die entweder von Natur aus geistig anormal sind oder vorübergehend durch heftige Einbrüche, z. B. Erbitterung, erkranktes Unrecht usw., die Zurechnungsfähigkeit verloren haben. Solchen Menschen fallen aber nicht nur Staatsoberhäupter zum Opfer, sondern auch andere Sterbliche. Wer Zeitungen liest, der weiß, daß unsere Gesellschaftskräfte jeden Tag verachtete Morde verurursachen. Auch ist zu bedenken, daß die Anschläge auf die Staatsoberhäupter häufig nichts sind, als die Folgen der byzantinischen Schwelgereien, die in der Schule, in den von oben gutgeheißenen Ge-

sichtsbüchern und in der regierungsfremden Presse verübt werden. Da preist man vor allem die Monarchen des befreiten Landes als die Spender alles Glückes, als die Wohlfesten der Weisen, als die genialen Leiter des Ganzen. Ist es ein Wunder, wenn ein verschobener Mensch sich in solches Denken verliert, daß der Monarch auch alle Not und alles Unrecht beseitigen könne, wenn er nur wolle? Und daß mit dem vermeintlichen Urheber alles Unheils auch dieses beseitigt sei?

Noch eine kleine, mehr historische Betrachtung. Die Weltgeschichte lehrt zur Genüge, daß die Staatsoberhäupter dem Leben ihrer „Untertanen“ weit gefährlicher waren, als die „Untertanen“ den Staatsoberhäuptern. Die Staatsoberhäupter haben im Laufe der Jahrtausende durch Kriege und Staatsstreiche Millionen und Abemillionen von Menschen geopfert. Wenn man bedenkt, anwimmelt, daß das Kriegführen und Staatsstreichen erst seit 5900 Jahren Mode ist und man für jedes Jahr nur 50 solcher Konflikte mit einem durchschnittlichen Verlust von je 2000 Menschenleben voraussetzt, so ergibt sich ein Verlust von 590 Millionen Menschenleben. Im nämlichen Zeitraum sind, auch wenn man die Fürstenmorde im mittelalterlichen Italien — hier waren sie besonders beliebt — einbezieht, kaum mehr als 1000 glückliche Attentate auf Staatsoberhäupter vorgekommen. Doch seien wir nobel und nehmen 3000 an! Was wollen die 3000 getöteten Staatsoberhäupter gegen die halbe Milliarde Menschen bedeuten, die von den Staatsoberhäuptern hingeopfert wurden. Das von den Staatsoberhäuptern vergossene Blut verhält sich zu dem auf ihre Anstiften vergossenen wie ein Schoppen (250 Gramm) zu 42 000 Eßlöffeln.

Die Gegenwart kann hinsichtlich beobachten, wie freigebig Staatsoberhäupter manchmal mit dem Blut ihrer bestgeliebten Untertanen umgehen. Auf dem russischen Kaiserthron sitzt ein 38jähriger Mensch, der zehntausendmal mehr Blut auf dem Gewissen hat, als die gesamten Väter, die auf dem ganzen Erdencrund zurzeit hinter Schloß und Riegel sitzen oder der Polizei ein Schußwundchen geschlagen haben. Gegen ihn ist der blutigste Propagandist der Tat ein harmloser Waffenkabe.

Der Ausgang des Borussia-Prozesses.

Der Ausgang des Borussia-Prozesses beschäftigt gestern eine Reihe in Ruhgebiet abgehaltener Bergarbeiterversammlungen. Das Thema lautete: „Das Urteil im Borussia-Prozess und wo sind die wirtlich Schuldigen? In Offenbach sprach Genosse Reichstagsabg. Hue. Derselbe kritisierte die Verhandlungsführung im Prozeß gegen den Betriebsführer Rütger, bezeichnete die Beweisführung als unzureichend und kündigte an, daß er die Borussia Angelegenheit vor den Reichstag bringen werde, um darzutun, daß an der Katastrophe nichts anderes Schuld sei als das moderne Bergbauwesen mit seiner menschenverderblichen Jagd nach dem Profit. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die heutige Bergarbeiterversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die im Gerichtssaal und in der gegenständlichen Presse unternommenen Versuche, die Arbeiter als eigentliche Schuldige oder Mitschuldige an dem Tode unserer 39 Kameraden auf der Seite Borussia zu bewuspielen. Wer der eigentliche Schuldige ist, hat für den Sachmann die Gerichtsverhandlung gegen den Betriebsführer Rütger gezeigt. Obgleich durchaus nicht alle Einzelheiten der Borussia-Ergebnisse durch die Art der Zeugenerhebung aufgeklärt werden konnten, so ist doch so viel zutage gefördert worden, daß jeder Sachmann erkennt, daß das jetzige Bergbauwesen auch die Toden von Borussia auf dem Gewissen hat. Um aber volle Klarheit über die Zustände auf der Unglücksstelle zu verbreiten, fordern wir abermals die Staatsanwaltschaft auf, gegen die „Bergarbeiterzeitung“ oder gegen den Kameraden Hue wegen der Anklage in Osnabrück Klage zu erheben; dann können die Borussia Geheimnisse endlich vollständig aufgedeckt werden.“

Neue Kolonialenthüllungen. In einer Versammlung der Zentrumswähler erhob Abg. Erzberger neue Anklagen gegen die Kolonialverwaltung und teilte mit, daß er kürzlich an den Reichskanzler einen Brief geschrieben habe, in dem er diesen darauf aufmerksam machte, daß es sich bei dem Monopol der Firma Boerzmann um noch weit größere Summen und eine viel bedeutendere Belastung der Reichsfinanzen zu Gunsten eines Einzelnen handle als im Falle Toppelkirch. Erzberger bestritt, sein Anklagematerial auf unzureichende Weise erworben zu haben; für das Bekanntwerden solcher Dinge sorgten schon Toppelkirchs Konkurrenten. Das Zentrum wurde bei dem bevorstehenden Zusammentritt des Reichstages eine ganze Reihe von Vorschlägen zu Gunsten einer besseren Kolonialpolitik stellen und vor allem größere Mitbestimmungsrechte des Reichstages verlangen. — Antworten!

Die „stillen Wohlthäter“ der Firma Toppelkirch. Einen weiteren Beitrag zu dem skandalösen Begünstigungs-

system der Kolonialmonopolisten Toppelkirch, Bobbielitz, Bummiller usw. liefert die „Röln. Volkszeitung“ durch die Veröffentlichung der Zuschrift eines Tuchfabrikanten: „Im Interesse des lautereren Wettbewerbes wäre es zu wünschen, daß die anzustellenden Ermittlungen über die Geschäftspraktiken der Firma Toppelkirch u. Co. auch Aufschluß brächten über die stillen Wohlthäter, die dieser Firma durch Wink und Mittelungen über zu erwartende Neuerungen auf dem Gebiete der Armeebekleidung ein Übergewicht über ihre Mitbewerber geben. Seit Jahren wurde es in unseren Kreisen mit Befremden wahrgenommen, daß Toppelkirch u. Co. und auch eine andere Firma Monate vorher von der Einführung neuer Stoffe für Offiziere- und Mannschafsbekleidung unterrichtet waren, aber auch so frühzeitig benachrichtigt wurden, wenn eine Stoffart außer Mode gesetzt werden sollte, daß sie fast ohne Verlust den vorhandenen Vorrat abstoßen konnten. Besonders deutlich trat dieses hervor, als vor einigen Jahren der Normalgraupf für Offiziermäntel und Litzewlen eingeführt wurde. Die Nachfrage nach diesem Stoffe war plötzlich außerordentlich groß. Dagegen zur Herstellung des Stoffes fast 3 Monate fleißiger Arbeit erforderlich sind, hatten Toppelkirch u. Co. und die andere Firma das Glück, großen Vorrat davon auf Lager zu haben. Sie konnten dieses Lager zu sehr hohen Preisen verwerten. Bei Einführung der hellgrauen Litzewlen wurden dazu in den ersten Jahren besonders Kammgarnstoffe verwendet; merkwürdigerweise waren diese Stoffe in großen Massen bei den genannten Firmen vorrätig, und zu hohen Preisen fanden diese Fabrikate ihre Abnehmer. Nach nicht gar zu langer Zeit wurden diese Kammgarnstoffe nicht mehr oder weniger verwandt. — Streichgarnstoffe wurden dafür beliebt. Toppelkirch u. Co. sowie der anderen Firma war es möglich, den Rest ihrer Kammgarnstoffe abzustoßen. Erst dadurch, daß diese Stoffe von den Genannten zu auffallend niedrigen Preisen verkauft wurden, merkten die anderen Firmen, daß eine weitere Verwendung nicht mehr zu erwarten war. Durch welche Personen erhielten Toppelkirch u. Co. die so wertvollen Wink, die ihr eine wirtschaftliche Ueberlegenheit verschafften und ihnen gewissermaßen ein Monopol gaben, das ihnen selbst einen großen Vorteil, den Offizieren nicht nur, sondern auch den anderen Fabrikanten und dem Zwischenhandel einen großen Nachteil brachte? Es ist ausgeschlossen, daß diese Personen in untergeordneten Stellungen sich befanden; man darf es wohl als erwiesen hinstellen, daß über bevorstehende Neuerungen der Armeekleiderherstellung nur die höher gestellten Beamten monatelang vorher Kenntnis hatten. Die Frage, ob derartige Wink selbstlos oder nur aus Freundschaft gegeben wurden, mag unerörtert bleiben; jedenfalls handelt es sich aber um Indiskretionen, deren Kosten an erster Stelle der Zwischenhandel und die Anzahl der Tuchfabrikanten zu tragen hatten, die aber T. u. Co. immerhin Vorteil brachten. Daß vor der allgemeinen Einführung neuer Stoffe Versuche erforderlich sind, wird niemand in Abrede stellen; verständlich ist es auch, daß mit der Herstellung solcher Versuchsstoffe nur einzelne Firmen betraut werden. Verlangt man aber, daß von der beabsichtigten allgemeinen Einführung neuer Uniformstoffe eine oder zwei Firmen nicht früher unterrichtet werden als alle anderen.“ — Man sieht, die Firma Toppelkirch hatte eben brillante Konnexionen! Bei dieser Gelegenheit möchten wir jedoch eine Zuschrift erwähnen, die dem „Borm.“ aus Süddeutschland zugegangen ist. Es heißt darin: „Warum fällt jetzt die ganze Presse nur über die Firma Toppelkirch her? ... Wieviel Millionen von anderen großen Firmen, z. B. in München, verdient wurden, davon ist heute gar keine Rede. Auch sollte man sich doch daran erinnern, was allein die Linie Bormann an Transportkosten und Liegegebühren eingespart hat, ebenso, was an Profitten bei den sinnlosen Lieferungen von Fleisch, Speck, Wurst verdient worden ist. Es gibt eben außer der Firma Toppelkirch noch andere Firmen, die gute Beziehungen zum Kolonialamt hatten und dadurch eine Art Monopol erhielten.“

Ein neuer Liebesdienst gegenüber dem Vater? Die russischen Auswanderer, welche die preussische Grenze passieren, müssen jetzt auf Grund einer neuen Verfügung der preussischen Regierung außer den vorgeschriebenen Legitimationspapieren den erwidierenden Gesandten eine bestimmte Summe Geldes vorzeigen. Diese Summe ist für Erwachsene auf 400 Mk., für Kinder auf 300 Mk. festgesetzt. Wer diese Summe nicht vorzeigen kann, wird über die Grenze zurückgeschoben. — Diese skandalöse Bestimmung fordert zum schärfsten Protest heraus. Zweifellos wird sie nicht angewandt werden gegenüber den von preussischen Junkern importierten Lohndrüdern.

Das Zentrum und die preussische Wahlrechtsbewegung. Die Situation, in die das Zentrum durch die preussische Wahlrechtsbewegung gebracht wird, wird immer schwieriger. Theoretisch bekämpft sich die Partei zum gleichen Wahlrecht, praktisch aber hat sie nicht nur nicht das Min-

besten getan, ihre Forderung durchzusetzen, sondern sie hat die sozialdemokratische Wahlrechtsbewegung in ihrer Presse mit Hohn und Spott verfolgt und zwei sozialdemokratische Wahlrechtler wegen angeblicher „Beleidigung“ des Reichstags durch den Strafgericht ausliefern geholfen. Im übrigen hat sie nur zwei gewundene Erklärungen — im Reichstag und im Landtag — abgegeben gegen das bestehende Preußenwahlrecht, das sie in Wirklichkeit schlicht als die gehörigste Dienerei der Regierung und der herrschenden Klassen, an dessen Bestand sie aber als Partei eigentlich nicht direkt interessiert ist. In, im Gegensatz: das Zentrum vertritt dem Reichstagswahlrecht die überragende Rolle, die sie im Reich spielen darf, während es im preussischen Reichstagslandtag von dem konfessionsnationalliberalen Partei die Widerrechtlichkeit gebrängt wird. Diese Situation ist dem Zentrum besonders fühlbar geworden bei der Beratung der Schulvorlage, die zwar ultramontanen Wünschen im weitgehendem Maße entspricht, aber faktisch doch unter Ausschaltung der Fraktion Spahn zustande gekommen ist. Man veröffentlicht die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“ — die alte, einst von Görres geleitete und im Zentrumskreisen sehr angesehene Zeitschrift — einen aus Berlin datierten Artikel, der die gesamte politische Situation beleuchtet, um zu dem Schlusse zu kommen, das Zentrum müsse jetzt aktiv in die preussische Wahlrechtsbewegung eintreten und im Abgeordnetenhaus selbst die Forderung des gleichen Wahlrechts mit aller Entschiedenheit vertreten. Die ausschlaggebende Stelle seines Artikels lautet: „Das Zentrum muß und wird sich hoffentlich . . . wehren. Mit einem Schläge kann es in die andere Parteien eingreifen; es darf nur die Forderung des gleichen Wahlrechts für das Abgeordnetenhaus mit aller Entschiedenheit vertreten und einen entsprechenden Gesetzentwurf im Herbst einbringen. Schon im letzten Frühjahr hat sich der Abg. Borst der Erklärung des Reichstagszentrums angeschlossen (?), daß in den Einzelstaaten in irgend einer Form das allgemeine Wahlrecht des Reichstages gegeben werden muß. Wenn die preussische Zentrumsfraktion nun ihre Forderung energisch betreibt, so hat sie auch das Kartell gesprengt. Die Nationalliberalen müssen hierfür eintreten (?), sie haben schon früherzeit sogar einen der ihren ausgeschlossen, weil er sich gegen das Reichstagswahlrecht aussprach. Dann werden wohl Konserervative und Freikonserervative zusammenstehen, jedoch eine Widerrechtlichkeit bilden, das Zentrum aber wird als Gesellschaft haben die gesamte Linke und die Nationalliberalen. So zeigt sich auch vom tatsächlichen Standpunkte aus der jetzige Moment sehr geeignet, um diese alte Forderung Windthorst's aufs neue zu erheben und sie durchzusetzen. Schließlich muß doch jeder ruhig Denkende zugeben, daß es eine Ungerechtigkeit ist, die Sozialdemokratie vom preussischen Landtag auszuschließen und einer kleinen Clique die Mehrheit zu geben, die im Volke selbst nur eine Widerrechtlichkeit darstellt. Die preussischen Arbeiter, die für das Zentrum stimmen, erwarten auch eine kräftige Aktion in dieser Richtung; sie wird klärend noch verschiedene Seiten hin wirken.“ — Ueber manche Auffassung des Artikelstellers läßt sich natürlich streiten. Die Aktion des Zentrums müßte wirklich schon ganz außerordentlich energisch sein, wenn es ihr gelingen sollte, auch die Nationalliberalen mitzureißen, die sich bisher dem gleichen Wahlrecht mit der größten Fähigkeit widersetzt haben. Zweifellos würde auch ein solcher Vorgang zu einer Spaltung der nationalliberalen Landtagsfraktion führen, deren rechter Flügel zu den Freikonservativen abzuweichen würde. Aber das alles sind weilkäufige Kombinationen, für deren Bewirkung die erste Voraussetzung fehlt, nämlich, daß das preussische Zentrum den Rat der „Historisch-politischen Blätter“ wirklich befolgt. Wir glauben nicht an politische Wunder und glauben daher auch nicht, daß ein Artikel einer noch so angesehenen Zeitschrift in der Haltung einer Partei eine völlige Umkehr zu bewirken. Wir glauben aber an die Macht der Massen, und darum ist uns der Schlüssel der zitierten Auslassungen, der von den Arbeitern handelt, am interessantesten und bemerkenswertesten. Die preussische Anhängerfraktion des Zentrums besteht zum größten Teile aus Landtagswählern dritter Klasse, aus Proletariern. Beginnen diese Massen zu erwachen, so bleibt dem Zentrum's Landtagsfraktion nur zweierlei übrig: entweder nach ihrer Pfeife zu tanzen, oder aber ihnen einen Empfehlungsbrief an die Sozialdemokratie zu geben. Aus diesem Grunde scheint uns die von der Sozialdemokratie eingeleitete Wahlrechtsbewegung, die, kräftig betrieben, auch die christlichen Arbeiter ergreifen muß, in der Tat geeignet und imstande, die Haltung der preussischen Zentrumsfraktion zu beeinflussen. Dann kann es aber eines Tages wirklich kommen, wie der Berliner der „Historisch-politischen Blätter“ prophezeit und zwar ohne alle Heberei. Das gelbe Heftchen vom hundertundachtunddreißigsten Bande aber legen wir einstweilen zu dem übrigen in die Kapsel. Wir werden es noch öfter brauchen können!

„Ein kritischer Augenblick allerersten Ranges für das Schicksal der Partei“ wird nach Meinung der „Köln. Stg.“ der nationalliberale Parteitag in Goslar werden. „Die Wahlen der letzten Wochen mit ihrem Rückgang der nationalliberalen Stimmen haben Stimmungen und Strömungen an die Oberfläche gebracht, die so elementar auftreten und zu dem jüngsten Verhalten der gegebenen Führer der Partei, der parlamentarischen Fraktionen, in solchem Gegensatz stehen, daß eine zweltägige Verammlung nationalliberaler Delegierter aus dem ganzen Reiche an ihnen nicht gleichgültig vorübergehen kann, sie vielmehr ganz von selbst in den Mittelpunkt ihrer gemeinsamen Erörterungen stellen wird.“ Zur Erörterung der Fragen sind zwei je fünfstündige Sitzungen anberaumt; die übrige Zeit ist Festlichkeiten gewidmet. Aber in diesen zehn Sitzungsstunden sollen auch noch drei Referate angehört werden, von Dr. Hieber, Dr. Pasche und Dr. Pöhl! Was dann für den Meinungsaustrausch der Delegierten noch übrig bleibt, das kann man sich leicht vorstellen. Die „Köln. Zeitung“ ist mit dem Arrangement des Parteitages anzufrieden. Sie verlangt, daß vor allem die Fraktion ihre Stellung zu den neuen Steuern rechtfertige. Die massenhafte Defektion der Wähler hat also doch gewirkt. Auch der „Sara. Courier“ tabelt die Art, wie die Tagesordnung festgesetzt ist. Er will ebenfalls eine Debatte über die Haltung der nationalliberalen Fraktion zur Steuerfrage. Es

scheint ja, als ob über die neuerwählten Abgeordneten ein Ungewitter losbrechen sollte. Aber es scheint nur so. Mit einigen kritischen Bemerkungen wird die Fraktion davon kommen, und dann wird weiter ja gesagt, bis auch der letzte nationalliberale Wähler die Sache „zu dumm“ findet. Und kann das recht sein!

Vom polnischen Kriegsschauplatz. Ein neuer polnischer Geheimbundprozess wird obersteinsten Blättern zufolge demnächst die Weitharer Strafkammer beschäftigen. Eine große Anzahl Schoppiniger und Koschizner Bürger polnischer Sprache, die unter dem Deckmantel des Solowjenski polnische Politik trieben, ist in diesem Verfahren verwickelt.

Die Aufzehrung des Reichsinvalidenfonds. Die „Berl. Pol. Nachr.“ schreiben: Im nächstjährigen Reichshaushaltsetat wird man wohlwieder mit einer Erhöhung bei den Bundesstaaten und an Elsaß-Lothringen zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzuge von 1870/71 und aus den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen zu leistenden Beträgen zu rechnen haben. Bekanntlich hat man diese Mittel, die früher aus dem Reichsinvalidenfonds aufgebracht wurden, vor einigen Jahren auf den ordentlichen Reichsetat übernommen, sie bilden eine besondere Position im Etat des Reichskriegsministeriums. In den letzten Jahren ist der Fonds stets um rund zwei- einhalb Millionen Mark erhöht worden. Die Erhöhung von 1906 auf 1907 dürfte sich in der Höhe derselben Summe bewegen. Sie erklärt sich aus der Tatsache, daß die Zahl der Kriegsteilnehmer, die als bezugsberechtigt für die Beihilfen anerkannt werden, sich mit dem Alter steigert. Man wird wohl damit zu rechnen haben, daß noch einige Jahre vergehen werden, ehe die Höchstsumme erreicht werden wird. Man hat die letztere zwischen 25 und 30 Millionen Mark geschätzt, während sich gegenwärtig die betreffende Etatsposition auf rund 16 1/2 Millionen Mark beläuft. Rechnet man alle Beiträge zusammen, so wird man für den Reichshaushaltsetat 1907 auf die Summe von etwa 20 Millionen Mark kommen. Um sie würde für das nächste Etatsjahr der Reichsinvalidenfonds entlastet werden. Infolge dieser Etatsmanipulationen wird die vorzeitige Aufzehrung des Reichsinvalidenfonds nicht verhindert, wohl aber wird sie aufgeschoben. Die übrigen Invaliden ufm. Versorgungsansprüche wird man wohl noch bis zum Jahre 1913 aus dem Invalidenfonds zu decken imstande sein. Ist er dann aufgezehret, so wird die Gesamtsumme der auf ihn übertragenen Verpflichtungen aus allgemeinen Fonds bestritten werden müssen. Vom Jahre 1913 ab würden also die dem Reichsinvalidenfonds zur Last fallenden Ausgaben völlig auf den Etat übernommen werden müssen. Der Etat wird dadurch erheblich belastet werden. Zumal sich dann auch die aus den volontarischen erwachsenden Verpflichtungen bemerkbar machen werden!

Der Untersuchungsrichter auf Reisen. Zum Disziplinarverfahren gegen Herrn v. Puttkamer wurde mitgeteilt, daß der Untersuchungsrichter, Kammergerichtsrat Strähler, sich nach Kamerun begeben werde, und zwar zu dem Zweck, um persönlich an Ort und Stelle die zur Aufklärung des Sachverhalts noch erforderlichen Feststellungen zu machen. Dazu wird der „Germ.“ von angesehenen juristischen Seite geschrieben: „Ertaunt wird mancher diese unwillkürlich gebliebene Mitteilung gelesen haben. In der Voraussetzung einer solchen langwierigen Reise wird schwerlich ein auf Beschleunigung der Untersuchung abzielendes Verfahren zu finden sein. Denn während der Ausreise und der Rückreise muß die Untersuchung ruhen, da vom Schiffe aus der Untersuchungsrichter irgendwelche Tätigkeit zur Aufklärung des Sachverhaltes nicht ausüben kann. Er könnte die lange Reisezeit höchstens zum Studium der Akten benutzen, die er indessen schon kennt. Aber nicht nur während der Aus- und Rückreise, sondern während der ganzen Dauer der Abwesenheit des Untersuchungsrichters würde im Gebiete des Deutschen Reiches keine Untersuchungsverhandlung vorgenommen werden können. Wenn zum Beispiel ein Zeuge in Lebensgefahr wäre und vor seinem Ableben noch vernommen werden müßte, oder wenn andere Gründe eine Hinanspruchnahme der Vernehmung oder Beerdigung des Zeugen nicht rechtfertigen würden, oder wenn Herr v. Puttkamer in seinem Vaterlande im Falle eine schleunige Beweiserhebung beantragen sollte, für die Erledigung würde es hier in all diesen Fällen an einem Richter fehlen. Es ist nicht wohl ersichtlich, weshalb nicht die etwa in Kamerun noch nötigen Feststellungen dort auf andere Weise erfolgen können. Dort sind doch auch deutsche Behörden, die diese auf Grund eines Erlasses des Untersuchungsrichters vornehmen könnten. Dem gegenüber scheint der jetzt beliebte Weg — abgesehen von seiner Kostspieligkeit — nicht geeignet zu sein, eine schnelle Förderung der Untersuchung und ihren abschließenden, im öffentlichen Interesse liegenden Abschluß herbeizuführen.“ — Diese Ausführungen sind richtig. Nach was den Kostenpunkt anbetrifft eine solche zwecklose Reise kostet Taufende. Herr v. Puttkamer bezahlt die Reise nicht. Wer bezahlt sie? Der Steuerzahler!

Rußland.

Die Hungersnot und die Verpflegungslampagne. Die offizielle „Torgowo-promyslennaja Gasetta“ teilt mit, daß nach der Meinung der Semstwo-Verwaltungen die diesjährige Winterperiode viel stiller verlaufen sei als die des vorigen Jahres. Die Semstvos möchten sehr gern an der Verpflegungslampagne teilnehmen, aber nur unter der Bedingung, daß das gesamte Verpflegungswesen ihnen unterstellt wird. Nach den langjährigen Erfahrungen wissen die Semstvos nur allzu gut, wie volkstümlich sich die Regierung während der Verpflegungslampagne verhält und wie viel tausende von Rubeln dabei von den Regierungsbeamten in die eigenen Taschen gesteckt werden. Daraus erklärt sich ihre Forderung.

Der dankbare Zar. Nikolaus II. ist wieder einmal nach längerer Zeit in der Rolle des „Väterchens“ aufgetreten. Sie paßt allerdings zu den jetzigen Umständen wie die Faust aufs Auge. Die „Kinder“, denen „Väterchen“ seine Huld bekundet hat, sind natürlich den Zeitläuften entsprechend die Soldaten. Es wird aus Petersburg berichtet: „Von allen russischen Truppenteilen, die bisher noch nicht gemeuert, sondern im Gegenteil ihre unentwegte Ergebenheit dem

Zaren und dem selbstherrlichen Regime in Rußland bewiesen haben, gehört in erster Linie das Semenowskische Regiment, dessen einzelne Teile sich durch unermessliche Tapferkeit und Hingabe bei der Unterdrückung der Aufstände sowohl in Ostasien als auch in den Ostseeprovinzen besonders hervorgetan haben. Nachdem aber die folgenlos verlaufenen Militärrevolten in Saardburg und Kronstadt besiegt wurden, erachtete es der Zar für seine Pflicht, dem treuen Regiment den Dank auszusprechen, indem er an das Regiment zu diesem Zwecke nach Peterhof in corpore beorderte. Semenow'skies Regiment als auch folgende Auftritte hielt: „Nicht Monate sind vergangen, sondern Jahre, indem sich die Semenow'skies mit in der Rolle des Vaterschens gestellt haben. Ich sage euch kamals, ich bin überzeugt, daß die Semenow'skies unter allen Umständen als ihre Ehre würdig zeigen und stets heldische und ergebene Diener ihrer Zaren und des Vaterlandes bleiben werden.“ Schwierige Verhältnisse traten schon nach einigen Tagen ein, doch dank der Bravour, Standhaftigkeit und Ergebenheit der Semenow'skies ist die Armada in Ostasien gebrochen worden. Rußland und ich sind noch für euren Dienst aufrichtig dankbar. Ich freue mich, das treue Regiment in diesen Tagen bei mir zu sehen und auch bei mir wie gestern mit meiner Familie häuslich zu empfangen. Ich verordne meinem Sohn, dem Regiment eine ebensolche Liebe entgegen zu bringen, mit der ich mich euch gegenüber verhalte, und dem Regiment ebenso zu trauen, wie ich euch trauere, Semenow'skies, meine Leuten. Von ganzem Herzen spreche ich euch meinen besten Dank für euren Dienst aus. Meine Herren Offiziere! Das, was ich den Unteroffizieren gesagt habe, bezieht sich in gleichem Maße auch auf Sie, da die Semenow'skies eine einzige, zusammenhängende, unüberwindliche, mächtige Familie darstellen, die in dieser Gestalt ewig bleiben wird.“ — Na, na! Der Zar sollte sich unter den gegenwärtigen Umständen nicht so leichtin aufs Prophezeien legen. Der „ewige“ Bestand der Semenow'skies hat seinen Haken ebenso wie ihre Unüberwindlichkeit. Und der Zar sollte sich nicht mit dem Vaterlande identifizieren. Das Vaterland will nichts mehr von ihm wissen, sondern es blockiert ihn in Peterhof. Wenn sich der Zar für seine Person dem Semenowskischen Regiment dankbar erweist, so hat er alle Ursache dazu; das russische Volk aber, von dem Hunderte unter den Augen und Bajonetten der Garbisten ihr Leben gelassen haben, kann in dem Regiment nur seinen Feind erblicken. Nikolaus II. scheint sich jenen vorwärtigen deutschen „Vaterland“ zum Vorbilde genommen zu haben, von dem das frevelhafte Wort stammt: „Was, Vaterland! Ich bin das Vaterland!“ Die Rede zeigt abermals, daß der Zar über die tatsächlichen Zustände in Rußland nicht unterrichtet werden will.

Die Gegenrevolution. Zahlreiche Verlagsbuchhandlungen, vorwiegend solche, die sozialdemokratische Schriften verlegten, wurden in den letzten Tagen polizeilich durchsucht und geschlossen. Überall wird nach den gedruckten Exemplaren des Wilmberger Manifestes gesucht, doch sind nur wenige Kopien gefunden worden. In den Provinzen wurden die Exemplare trotz aller Maßnahmen der Behörden massenhaft verbreitet. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen werden in großem Umfange fortgesetzt; dieselben richten sich jetzt nicht nur gegen Sozialrevolutionäre, sondern auch gegen Sozialdemokraten und Arbeiterbelegte. Auf den Bahnhöfen sind neuerdings weibliche Agenten der politischen Geheimpolizei tätig. In den letzten Tagen sind allein auf dem Nikolajbagnhof in Petersburg drei Personen auf Veranlassung dieser neuesten Spionage verhaftet worden.

Die Geneserfröchte an der Arbeit. Das Helmsinger Kriegsgewicht hat die wegen der Menteleien in Svesborg angeklagten Leutnants Gmeljanow und Kochanowsky sowie fünf Soldaten zum Tode verurteilt. Das Todesurteil ist bereits vollstreckt worden. — Das Militärkriegsgericht verurteilte zwei leitende Sozialrevolutionäre zum Tode durch den Strang.

Der Mörder Herkensteins verhaftet? Die finnische Regierung hat von Gubawman, der den Dama-Abgeordneten Herkenstein ermordete, verhaftet.

Der Triumph der Spiridonowa. Der Zug mit der Spiridonowa wurde in Sibirien, um Unruhen zu vermeiden, über Omsk hinausgeführt bis zur nächsten Streckabzweigung. Aber die Gabel der Spionidowas forderten die Rückkehr des Zuges und drohten mit der Verhinderung der Station. Der Zug wurde nun zurückgebracht und in Omsk von einer ungeheuren Menschenmenge begrüßt. Der Wagen der Spiridonowa, der mit Blumen geschmückt worden war, wurde an der Menge, die die Karikatur und andere revolutionäre Bilder trug, vorbeigeführt. In Raskojewsk veranfaßten die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten am Tage der Durchreise der Spiridonowa einen Streik ohne Aufstellung irgend welcher Forderungen, er hatte einen rein demonstrativen Charakter.

Ein Drama in Odesa. Die „Frankf. Stg.“ meldet aus Odesa vom 10. August: Die Tochter eines Generalleutnants, Barbara Prinzka, traf heute hier ein und wurde, da sie die Freundin der Tochter des Generals Kaufbars ist, von diesem im Hotel besucht und in das Haus des Generals zu Mittag eingeladen. Als sie mit den Kaufbarschen Damen das Hotel verließ, entfiel ihrem Staatsbeutel eine Bombe, die aber nicht explodierte. Gleich darauf ergriff sie aus ihrer Tasche einen Revolver und erschoss sich, nachdem sie erklärt hatte, sie sei aus Petersburg gekommen, um das auf Tod des Generals Kaufbars lautende Urteil der Petersburger Kampforganisation auszuführen.

Italien.

Einführung des Frauenstimmrechts durch Gerichtsbeschluss. Etwa ein Duzend junger Damen Anconas und der Umgegend, die das Lehrendiplom besitzen, haben ihre Einschreibung in die Wählerlisten beantragt. Auf den Widerspruch des Staatsanwalts hat der Gerichtshof entschieden, daß den Frauen die bürgerlichen und politischen Rechte und demnach auch das Wahlrecht und die Wählbarkeit zustehen. Der Artikel 24 der Verfassung spricht aus, daß alle Staatsangehörigen vor dem Gesetz gleich sind, die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte genießen und Zugang zu allen Zivil- und Militärämtern haben, soweit die Gesetz nicht anders be-

hinmen. Daß die weiblichen Staatsangehörigen von diesen Rechten ausgeschlossen seien, sagt die Verfassung nicht, wie ihnen denn auch ohne weiteres der Genuß der verfassungsmäßigen Freiheiten (persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Versammlungs- und Pressfreiheit usw.) genau wie den Männern zugesprochen ist. Werden die Frauen doch auch in Hinsicht auf den Beschäftigung, den Verlust der Staatsangehörigkeit, die Voraussetzungen für den Genuß der staatsbürgerlichen Rechte bildet, den Männern völlig gleichgestellt. Um ihnen ein politisches Recht zu erteilen, ist eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung erforderlich, wie sie sich im Verfassungsgesetz findet, nicht aber im Parlamentarismuskodex. Der Generalstaatsanwalt hat gegen die Entscheidung die Berufung an den Kassationshof eingelegt.

Brasilien.
Ein Polizeimenterei „ohne besondere Bedeutung“. Die städtische Polizei in Rio de Janeiro meuterte und griff das Regierungsgebäude an. Zu ähnlichen Reissen wird dem Vorgange keine besondere Bedeutung beigelegt.

China.
Sungerrunnen infolge der Reifezeit sind in verschiedenen Provinzen ausgebrochen.

Zu den Differenzen im Tischlergewerbe.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Arbeitgeber sich nicht herbeilassen wollen, die Gesellen zu den früheren Bedingungen einzustellen, sondern ganz rigorose Bedingungen für den Abschluß eines neuen Vertrages aufstellen. Wir wollen heute der Bevölkerung Lübeds, an welche immer appelliert worden ist, die Arbeitgeber in den ihnen aufzubringenden Kampfe zu unterstützen, auf Grund der Gegenüberstellung des Vertragsanwerbs der Arbeitgeber und der früheren Arbeitsbedingungen Gelegenheit geben, zu beurteilen, ob man es noch anständig nennen kann, den Arbeitern solche Zumutungen zu stellen. Lassen wir also die Tatsachen reden: Arbeitszeit und Lohnbedingungen für das Tischlergewerbe zu Lübed.

Entwurf der Arbeitgeber:

1) Die Arbeitszeit beträgt für Tischlergesellen 9 1/2 Stunden täglich und zwar vom 1. April bis einschließlich 30. September von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr mit einer Frühstückspause von 8 bis 8 1/2 Uhr und einer Mittagspause von 12 bis 2 Uhr vom 1. Oktober bis 31. März von morgens 6 1/2 Uhr bis abends 6 Uhr, mit einer Frühstückspause von 8 bis 8 1/2 Uhr und einer Mittagspause von 12 bis 1 1/2 Uhr.

2) Die Arbeitszeit in den maschinellen Holzbearbeitungsbetrieben beträgt für Maschinenarbeiter, Hilfsarbeiter, Holzarbeiter und Arbeitsburichen täglich 10 Stunden.

3) Eine etwaige andere Einteilung der Arbeitszeit bleibt in besonderen Fällen der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer überlassen.

4) Der Lohn beträgt für einen Tischlergesellen für die Arbeitsstunde 48 Pfg., Drechsler, Stellmacher, Maschinenarbeiter, Hilfsarbeiter, Holzarbeiter und Arbeitsburichen werden nach gleicher Vereinbarung bezahlt; bezüglichen Junggesellen im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit. Von vorübergehenden Lohnsah kann außerdem abgegangen werden bei Gesellen, die durch Alter, Invalidität oder irgend welche Gebrechen in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind.

5) Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit erfolgt ein Lohnzuschlag von 10 Pfg., für Nachtarbeiten 20 Pfg. für die Arbeitsstunde bei Lohnarbeiten.

Ueberstunden werden gerechnet von 5 bis 6 Uhr morgens und von 6 bis 9 Uhr abends, bei letzteren ist eine halbe Stunde Vesperpause zu gewähren.

Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens mit Rausen von 9 bis 9 1/2 Uhr abends, 12 bis 12 1/2 Uhr und

3 bis 3 1/2 Uhr morgens, welche Zeiten voll bezahlt werden.

In Betrieben, in denen Tag und Nachtschicht eingeführt wird, ist der Stundenlohn für die Nachtschicht derselbe wie bei der Tagesschicht.

6) Akkordarbeit ist zulässig und auf Verlangen des Arbeitgebers auszuführen, jedoch die Akkordpreise vorher zu vereinbaren und dem Arbeitnehmer 90 % des Lohnes zu garantieren und als Abschlagszahlung bei jeder Lohnzahlung anzuzahlen.

7) Für Selbsthaltung des Werkzeuges seitens der Gesellen erfolgt ein Preisaufschlag von 1 Pfg., desgleichen von Werkzeug und Hobelbank 2 Pfg. die Arbeitsstunde.

8) Der Arbeitnehmer hat für übergebenes Werkzeug, Materialien und Arbeiten eine Garantiesumme von 21 M. bei Beginn des Arbeitsverhältnisses beim Arbeitgeber zu hinterlegen oder der Arbeitgeber behält von jeder Lohnzahlung 3 M. bis zur Höhe von 21 M. ein.

Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses ist bei ordnungsmäßiger Ablieferung der übergebenen Werkzeuge, Materialien und Arbeiten sowie des Arbeits- oder Wochenzettels die hinterlegte Garantiesumme zurückzugeben, andernfalls ist der Arbeitgeber berechtigt, sich an dieser Summe schadlos zu halten.

9) Die Zahlung des Lohnes muß spätestens am Sonntagabend abends auf den Arbeitsplätzen erfolgen.

10) Die Einstellung der Arbeitnehmer geschieht nur durch den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber.

11) Das Arbeitsverhältnis kann ohne Kündigung zu jeder Zeit gelöst werden, jedoch ist jede angefangene Akkordarbeit fertig zu stellen. (Ausschluß des § 616 des Bürgerl. Gesetzbuches)

12) Es wird nur die wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt.

13) Dieser Tarif hat Gültigkeit für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte, Travemünde, Schlutup, Israelsdorf, Lübecker Industriegebiet, Gemeinde Besloe, Steedisch, Niederbüllau, Moisling, Genuin, Pabelhüge, Schönbölen, Krempehndorf, Borswert.

14) Etwaige Beschwerden sind durch den Vorsitzenden der Gesellenvertretung an den Vorsitzenden des Verbandes, dem der Arbeitgeber angehört, zu richten. Dieser, sowie seinen etwaigen Beauftragten ist der freie Zutritt zu den Arbeitsplätzen zu gewähren.

Zu 6. Im alten Vertrag heißt es: Akkordarbeit ist nach Möglichkeit zu beschließen, wo keine sonstigen, ist der Stundenlohn gesichert. In Wirklichkeit war die Akkordarbeit aber nirgends üblich, sondern überall abgeschafft. Jetzt wendet man den Gesellen zu, bei einer Abschlagszahlung von 90 Proz. des Lohnes Akkordarbeit zu übernehmen.

Zu 7. Im früheren Vertrag hieß es: „Bei Selbsthalten vom Werkzeug erhält der Geselle 2 Pfg., mit Hobelbank 4 Pfg. Lohn, Zuschlag für die Stunde. Also eine Verschlechterung um die Hälfte.“

Zu 8. Diese Bestimmung ist neu und dürfte in Deutschland überhaupt einzig dastehen. Dieses Verlangen ist der Gipfel.

Zu 9. Im alten Vertrag: Lohnzahlung erfolgt mit Schluß der Woche spätestens mit Schluß der Arbeitszeit. Abgerechnet wird von Sonnabend bis Freitag. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wird der letzte Tag mit ausbezahlt.

Zu 10. Bisher lag die Arbeitsvermittlung in Händen der Gesellen, letztere haben sie versucht, die Arbeitgeber zur vertraglichen Anerkennung ihres Nachweises zu zwingen. Ueber Erreichung eines pactum tacitum des früheren Vertrages verhandelt, jedoch stellen die Arbeitgeber das Verlangen, daß die Arbeitsvermittlung nicht der Regierung nach, sondern nach freier Wahl der Arbeitgeber stattfinden solle.

Zu 11. Ausschluß der Kündigungsfrist war auch früher laut Vertrag üblich, desgl. Ausschluß des § 616 des B. G. B.

Die Bestimmung über Freistellung der Akkordarbeit s. h. t.

Zu 12. Eine solche Bestimmung enthält der alte Vertrag nicht, ist auch unzulässig. Für nicht geleistete Arbeitszeit verlangt niemand Zahlung, vorausgesetzt, daß der Arbeitgeber für genügende Beschäftigung sorgt.

Zu 13. Im früheren Vertrag hieß es: Bei auswärtigen Arbeiten erfolgt ein Lohnzuschlag, dessen Höhe vorher mit den betreffenden Gesellen zu vereinbaren ist. Der neue Entwurf läßt Zweifel darüber zu, ob die Arbeitgeber in all den benannten Arten die gleichen Bedingungen erhalten sollen wie die Arbeiter in Lübeck oder ob der Arbeiter beliebig von Lübeck nach einem der genannten Orte auf Arbeit geschickt werden soll, ohne Extravergütung resp. Fahrgehalt dafür verlangen zu können.

Zu 14. Für die Arbeiter völlig bedeutungslos.

15) Vorstehender Tarif hat Gültigkeit bis zum 31. März 1908 und gilt auf ein Jahr verlängert, wenn nicht von einer Seite eine Kündigung, sechs Monate vor Ablauf desselben erfolgt.

Die Gegenüberstellung ergibt Punkt für Punkt eine durch nichts gerechtfertigte Verschlechterung gegenüber den früheren Verhältnissen. Seine Herrschaft bieten die Lübecker Tischlermeister ihren Arbeitern, welche sich erlaubten, um eine den Betriebsverhältnissen entsprechende Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Wenn sich die Arbeitgeber nicht entschließen können, von ihrem Vorhaben abzusehen, werden sie nie zu einem friedlichen Zusammenarbeiten mit ihren Arbeitern gelangen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 13. August.
Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheerer verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Fischschiffer! Ueber den Betrieb von A. Solst W. e. ist die Sperre verhängt.

Achtung, Holzarbeiter! Nach Aufhebung des Streits weigern sich die Arbeitgeber, die Streikenden einzustellen. Zusatz von Tischlern, Drechslern, Maschin- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist beschalbstreng fernzuhalten.

Zur Tarifbewegung der Buchdrucker. Die Buchdrucker des Tarifkreises la. zu dem Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein und beide Mecklenburg gehören, versammelten sich gestern in Tütiges Etablissement in Hamburg, um Stellung zu nehmen zu den von der Gewerkschaftskonferenz vorgeschlagenen Anträgen zum Tarif, die darin gipfeln, den Lohn um 15 Prozent zu erhöhen und die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen. Die Versammlung sprach sich nach einem 1 1/2 stündigen Referat des Kollegen De m u t h und nach lebhafter Debatte dahin aus, diese Vorschläge zu akzeptieren und erwartet, daß die Prinzipale in Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände hierzu ihre Zustimmung geben werden.

Zu den Unterhaltungen des Polizeiamtsskandlsten F. Jahn wird noch berichtet: F. Jahn hat überaus raffiniert operiert. Er hat sich nicht mit kleinen Summen abgegeben. Wie schlau F. Jahn zu Werke ging, wollen wir kurz zu illustrieren suchen: F. Jahn hatte, um nur ein Beispiel herauszugreifen, eine Anweisung von, sagen wir 4000 Mark auf die Stadtkasse auszuscheiden, sie gegenzeichnen zu lassen und dann das Geld abzuheben. F. Jahn schrieb denn auch vier-tausend Mark (4000 Mark). Hatte er die Anweisung gegeben wurden, dann radierte er überaus fein und völlig unauffällig den langen Schwanz zwischen r-t fort und schrieb dann zehn bezwischen, vor 4000 Mark setzte er dann noch eine 1. Die Anweisung lautete dann vierzehntausend Mark (14000 Mark.) Ueber den Aufenthalt F. Jahns ist noch nichts Sicheres ermittelt. Am Donnerstagabend hat sich jemand, auf den die Beschreibung F. Jahns paßt, eine Schußwaffe in einem Laden gekauft. F. Jahn war auch ein Freund aller Frauen, die zufällig nicht seine waren; wie man munkelt, war keine Person weiblichen Geschlechts in seiner Nachbarschaft vor den Nachstellungen F. J. s. sicher.

Vorsicht vor dem Genuß unreifen Obstes. Die gegenwärtige Zeit, in der Birnen und Äpfel nur teilweise erst zur völligen Reife gelangt sind, gibt uns, zumal die Kinder nur zu gern unreifes Obst naschen, Veranlassung darauf hinzuweisen, daß unreifer Obstgenuss vor dem Genuß solchen Obstes zu warren sind, da solches die schwersten Krankheitszustände zu zeitigen vermag. Reifes Obst so wertvoll es auch als ein erfrischendes und fühlendes Genußmittel ist, erfordert immer einen gesunden und kräftigen Verdauungsapparat, wenn sein Genuß namentlich ein häufiger oder reichlicher, nicht störend auf die Verdauungsorgane einwirken soll. Reifes Obst und natürlich besonders noch nicht völlig reifes Obst erregt in einem noch schwachen und in einem bereits geschwächten Magen nur zu leicht Säurebildung und Mähung und durch die Belästigung, die der Magen bei reichlichem Genuß von Kern- und Steinobst durch die Menge völlig unverdaulichen Zellstoffs erfährt, erfolgen nur zu leicht Krampf, Durchfall und andere Verdauungsstörungen. Die Zeit der beginnenden Reife unreifer Obstes ist ja auch die Zeit der Cholera, der Ruhr, der Cholera. Daher ist auch gerade jetzt die Vorsicht nötig, alles reife Obst nicht in Uebermaß zu genießen. Anders verhält es sich mit dem gefochten, zu Kompott hergerichteten Obst. Dieses Obstkompott eignet sich vortrefflich zu Erfrischungen selbst für Kranke und Konvalaleszenten, da es durchaus leicht verdaulich durch den Kochprozess geworden ist. Nur nochmals, aber kein unreifes Obst, es kann bei übermäßigem Genuß zum tödlichen Gift werden.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen Betrug der Gutiner Ortskrankenkasse war, wie bereits vor einigen Tagen berichtet, die Ehefrau des Arbeiters Sp. angeklagt, weil sie für 14 Tage, die ihr Mann im Gefängnis verbrachte, Krankengeld bezogen hatte. Das Gericht sprach die Angeklagte frei, da nicht nachgewiesen sei, daß ihr Mann erwerbsfähig war, als er im Gefängnis saß. Des Diebstahls im Rückfall soll sich der Arbeiter W. schuldig gemacht haben, der in einer Herberge einer dort schlafenden Mann das demselben gehörige Bündel fortnahm und auf seinen Namen beim Herbergswirt abgab. Obwohl der Angeklagte beteuerte, er habe das Bündel nur für den schlafenden aufbewahren wollen, schenkte das Gericht diesen Angaben keinen Glauben und verurteilte W. zu 6 Monaten Gefängnis. — Wegen verschiedener Einbrüche diebstahl wurde der 20jährige Landmann B. aus Söhren zu insgesamt zwei Jahren Gefängnis verurteilt. B. war kürzlich vom Landgericht in Kiel wegen schweren Diebstahls verurteilt und hernach begnadigt worden, konnte jedoch anscheinend das Stehlen nicht lassen.

Konkursöffnung. Ueber den Nachlaß des am 7. Juli 1906 zu Lübeck verstorbenen Buchbindermeisters B. L. F. W. u. m. e. r wurde am 11. August 1906, vormittags 9 Uhr 55 Min. das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. von Brocken zu Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt.

Mag. Schütz vom Deutschen Theater in Berlin wird am Freitag im Wilhelmtheater ein zweites Gastspiel absolvieren, und zwar in Subermanns Schauspiel „Es lebe das Leben“. Wir zweifeln nicht daran, daß der beliebte Künstler wiederum vor einem vollen Hause spielen wird.

Aus Gram um den Tod seiner Mutter erschossen hat sich am Freitag nachmittag der Redakteur Paul Günther. Die Mutter war am Morgen gestorben. — Er war längere Zeit Redakteur des Amtsblattes. Natürlich war ihm seine bewegte Vergangenheit, die ihn mit diversen Strafanstalten bekannt machte, kein Hindernis, für Religion, Ordnung, Sitte und Kultur in den Spalten der „Lübedischen Anzeigen“ einzutreten. Seine letzte Redaktionsstätigkeit übte der Verstorbene bei dem dem Amtsblatt an „Bestimmungssichtigkeit“ und Byzantinismus gleichstehenden „Hamburger Nachrichten“ aus.

Mit einem umgekehrten Wagen rasten in letzter Nacht zwei Pferde die Flageburger Allee entlang. Ob Leute dabei verletzt wurden, konnten wir bisher nicht erfahren.

Wilhelm-Theater. Aus der Theaterkasseler wird uns geschrieben: In dem Schönthaus-Kadelburgschen Lustspiel „Die berühte Frau“, setzt Luise Deloséa am Dienstag ihr Gastspiel fort. Der außerordentliche Besuch der ersten Gastspiel-Abende und der jubelnde Beifall, der all ihre Darbietungen begleitete, ist wohl der beste Beweis, daß unser Publikum seinen Vorliebe nicht vergessen hat. Am Mittwoch gelangt noch einmal „Alt-Heidelberg“ zur Darstellung und zwar als Ehrenabend für den beliebten jugendlichen Liebhaber unserer Sommerbühne, Herrn Josef Kron. Die interessanteste Vorstellung gewinnt noch besonders dadurch, daß Fräulein Luise Deloséa ihre Mitwirkung zugesagt und als Käthe ihr kurzes Gastspiel beendet.

pb. Aus dem Fenster gefallen. Am letztverflohenen Sonnabend nachmittags gegen 2 1/2 Uhr fiel die 1 Jahr 8 Monate alte Tochter eines in der Großen Gröpelgrube im 2. Stock wohnhaften Arbeiters aus dem Küchenfenster auf den mit Steinen gepflasterten Hof herab. Die herbeigerufenen Ärzte konnten äußere Verletzungen nicht feststellen, vermuten jedoch innere Verletzungen.

pb. Unterschlagung. Ein hiesiger Handlungsgehilfe, der sich von einem hiesigen Fahrradhändler ein Fahrrad mietete, auf demselben nach Kiel fuhr und es dort verkaufte, wurde wegen Unterschlagung zur Anzeige gebracht und festgenommen. — Ebenso wurde ein Bäckerknecht aus Wittenburg i. M. festgenommen, der seinem Dienstherrn einlastete Brotgelder unterschlug.

pb. Steckbriefling. Festgenommen wurde ein Zimmergeselle aus Grevesmühlen, der seitens des dortigen Amtsgerichts zwecks Vollstreckung einer Gefängnisstrafe an ihn Steckbrieflich verfolgt wird.

pb. Betrug. Ein Arbeiter aus Hamburg, der am Sonntagvormittag ohne Fahrkarte von Hamburg nach hier fuhr, wurde wegen Betruges angezeigt und festgenommen.

r. Schwartzau Was lange währt wird endlich gut! Wie bekannt, beschloß das Gewerkschaftskartell im Juni d. J. am 19. August ein Gewerkschaftsfest abzuhalten. Auf die Eingabe des Vorsitzenden erwidert die Regierung unterm 9. August folgendes: Auf Ihre Eingabe erwidert die Regierung, daß die Benutzung des sogenannten Tierschauerplatzes am Niesebusch zu Schwartzau zur Abhaltung eines Gewerkschaftsfestes am 19. d. Mts. unter folgenden Bedingungen gestattet wird: 1. Für etwaige Ver-

schädigungen des auf dem Plage vorhandenen Holzbestandes haben Sie aufzukommen. Dem Forstrat Krieto bleibt vorbehalten, die Verschlechterung der durch die Benutzung des Platzes entstandenen Unebenheiten des Bodens auf Ihre Kosten zu beschaffen. 2. Von dem Beginn der auf dem Plage beabsichtigten Arbeiten ist der Forstrat Krieto rechtzeitig zu benachrichtigen und ist den Anordnungen desselben Folge zu leisten. 3. Die Veranstaltung hat sich im Rahmen eines Vergnügungsfestes zu halten. Jedes politisch demonstrative Auftreten ist untersagt. 4. Wegen der Abhaltung eines Konzerts ist unter Angabe der Zeit, während welcher es stattfinden soll, besonders um die vorgeschriebene Erlaubnis nachzusuchen. 5. Ebenso ist von denjenigen Wirten, welche auf dem Festplage Getränke auskufen wollen, hier um Erteilung eines Schanfscheines nachzusuchen. 6. Ein etwaiger Antrag auf teilweise Aufhebung der Sonntagsruhe für die auf dem Festplatz ausstehenden Verkäufer von Kuchen usw. ist beim Gemeindevorstande zu stellen, der den Antrag dann der Regierung vorlegen wird. — Es ist dies Schreiben ganz nach Lübeder Muster; auch hier ist man besorgt, daß niemand vom Notkoller befallen wird. Die Reihenfolge der Vereine und der Gewerkschaften wurde durch das Los wie folgt bestimmt: 1. Gesangverein Harmonia, 2. Verband der Maurer, 3. Verband der Metallarbeiter, 4. Verband der Fabrikarbeiter, 5. Turnverein Eichenkranz, 6. Gesangverein Vorwärts, 7. Verband der Zimmerer, 8. Radfahrverein Freiheit. Festteilnehmer, welche keinem Verband oder Verein angehören, haben sich den Anordnungen des Komitees zu fügen. Der Preis der Karte ist auf 30 Pfg. festgelegt. Auf zum Gewerkschaftsfest nach Schwartzau, um ein paar köstliche Stunden im Kreise Gleichgesinnter zu genießen.

Plan. Eine für Automatenplünderer sehr günstige Entscheidung fällt, wie das „Blät. Wochenbl.“ schreibt, die hiesige Strafkammer. Es handelte sich um eine Klagesache gegen einen Einwohner aus Nendtsburg, der sich mittels eines 2 Dere-Stücks ein Stück Schokolade aus dem Automaten eines Gastwirtes entnommen hatte. Er wurde daraufhin wegen Diebstahls angeklagt, das Schöffengericht hielt jedoch Betrug für vorliegend und verurteilte ihn zu 10 Mk. Geldbuße. Auf eingelegte Berufung entschied nun heute die Strafkammer, daß aus Betrug nicht vorliege, denn der Angeklagte habe keinerlei falsche Vorpiegelungen gemacht, sondern das 2 Dere-Stück benutzt, um die Schokolade sich rechtswidrig zuaneignen. Da es sich um ein einzelnes Stück gehandelt habe, liege Minderndes vor (§ 70, 6 des Str.-G.-B.). Anwendung von Nahrungsmitteln und Genussmitteln zum alsbaldigen Gebrauch, und da er zu einer Verurteilung wegen Minderndes nötige Strafantrag fehle, sei auf Freisprechung erkannt.

Neumünster. Der Sozialdemokratische Verein beschloß, auf dem Parteitag folgenden Antrag zu stellen: Der Provinzial-Parteitag wolle beschließen: Jeder Parteigenosse, der das Wahlrecht besitzt, hat die Pflicht, sich an jeder Kommunalwahl zu beteiligen und seine Stimme nur für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei abzugeben. Wer dieser Pflicht nicht genügt, ver-

liert die Mitgliedschaft. — Freitag. Der au Berlin gebürtige Guttmacher Adolf Wulf ließ sich von dem nach Osten fahrenden Güterzug 8531 überfahren. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf. Auch wurde ihm die rechte Hand abgefahren. Die Verletzungen sind so schwer, daß Wulf jeden Augenblick sterben kann. Er ist dem städtischen Krankenhaus zugeführt. Das Motiv der Tat ist unbekannt.

Kiel. Die hiesigen Elektromonteur und Hilfsmonteur sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Zusage nach Kiel ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Sechs Mann an Bord gestorben. Der hier von Falmouth, das als Nothafen angelauten worden war, eingeschleppte Segler „Deia“ wurde in strengste Quarantäne gelegt, da während der Ueberfahrt von Südrussland Verberri an Bord ausgebrochen war. Der Kapitän, ein Offizier und vier Mann der Besatzung sind unterweges an der Krankheit gestorben.

Lüneburg. Der Lpphus tritt hier seit kurzem epidemisch auf. 12 bis 15 Personen sind dem Krankenhaus zugeführt; ein junger Mann ist der Krankheit schon erlegen.

Schwann. Ein Sturm eines Gewölbes. Beim Neubau der Fischräucherei stürzte ein Gewölbe ein. Der Maurer Besser aus Bandom wurde dadurch erschlagen, der Arbeiter Thiele wurde schwer und einige andere Leute leicht verletzt.

Wilhelmshaven. Zu dem Unfall auf dem Weseffort Brinkamhof I kann noch mitgeteilt werden, daß die Statuette beim Einführen in das Rohr explodierte, in dem noch alimunde Rückstände von einem vorher abgegebenen Schusse gelegen haben müssen. Diese hat der Geschützfahrer nicht bemerkt, weil der Geschützsstand in Pulverdampf gehüllt war. Der Einjährig-Freiwillige Viebenau hatte gerade einen Arm erhoben; zum Zeichen, daß der Beschluß geschlossen werden könne, als die Katastrophe trat. Dem Einjährigen wurden die Arme und der Kopf abgerissen, andere Leute erlitten, wie gemeldet, wird, schwere oder leichtere Brandwunden. Ein Mann hat beide Augen verloren. Die Schießübung wurde abgebrochen und erst heute wieder aufgenommen. Der zweite getötete Matrosen-Artillerist heißt Seiffarth.

Witze und Räthsel.

Ratowitz. In der Menardgrube in Stele wurden 14 Bergleute dadurch getötet, daß die Binde röh und die Leute in den Schacht stürzten.

Gotha. Erfolgreicher Bierboylott. Sämtliche hiesigen Brauereien machten infolge des Boylotts durch das Gewerkschaftskartell die Bierpreise erheblich rückgängig.

Zeua. Eine von 2000 Personen aller Stände besuchte Versammlung beschloß, alle Wirtschaften zu meiden, die die Bierpreise erhöht haben.

Duisburg. In Hamborn gab der Bergarbeiter Spries auf seine Frau mehrere Revolverkugeln ab. Die Frau sprang aus einem Fenster und verletzte sich schwer. Spries durchschnitt sich mit einem Rasiermesser die Kehle.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Komiteesitzung
am Dienstag den 14. August, abds. 8 1/2 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52
Abrechnung vom Sommervermögen.

Richard Jentsch
Auguste Jentsch, geb. Plehn,
Bermählte.

Für die Geschenke und Glückwünsche danken
herzlich
R. Jentsch und Frau, geb. Plehn.

Mähmaschinen - Beilende
für den Abschluß von Feuerversicherungen sucht
gegen Bezahlung Provision und Kostenanteil
General-Agentur Heinr. Krause,
Bederarube 97

Maurer und Arbeitsleute
gesucht.
Zu malden Owendorf bei Travemünde.
W. Lienshöft.

Für Brautleute: 2 hochf. engl. Bettstellen, komplet, und einige Sophas und Divane, rest 10 Jahre Garantie
Glockengießerstraße 16, pt., 51

H. Müllers- u. Sommerlang-Heringe
in jeder Preislage.
Fischhalle „Sanja“
Teleph. 1869. Fünfshansen 33.

Lübeder Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Außerordentl. General-Versammlung
am Dienstag den 21. August 1906

abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:
Bergabung der Tischlerarbeiten für den Neubau Johannisstr. 46.
Der Vorstand.
P. Pape. J. Böger.
Anteilscheine legitimieren.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübed und Nachbargebiete“ sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Schwig. — Drucker: Theodor Schwarz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübed.

Oeffentl. Versammlung

sämtlicher Gewerkschaftsmitglieder
am Dienstag den 14. August 1906
abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:
Die Aussperrung der Lithographen und Steindrucker
und die beabsichtigte Sprengung des Genfelderbundes
durch den Schutzverband deutscher Steindruckereibesitzer.
Referent: Paul Lange-Berlin.

2. Diskussion.
Um zahlreiches Erscheinen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen erucht
Die Kartell-Kommission.

NB. Insbesondere bitten wir um die Anwesenheit der Vorstandsmitglieder und Kartelldelegierten.

Uhrfeder einsetzen 1.50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1.50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentsch, Uhr-
Königstraße 62, b. d. Hühnerstraße.

Adolf Hübner, Uhren- u. Gold-
warenhandlung,
z. Reparaturwerkstatt. Fünfshansen 13.

Schöne Kränze
von 50 Pfg. an.
A. Bühse, Ludwigstr. 72, Ecke
Erolingstr.

Empfehlungs-Karten
Die Kartell-Kommission des U. M. V. Lübed
Quartettverein Amicitia

Folgende Nummern sind mit Gewinnen gezogen:

14	32	58	72	124	157	158
174	176	180	185	229	249	275
283	295	303	332	344	357	362
368	387	388	395	412	437	473
481	523	527	574	639	641	658
661	667	710	716	739	761	887
888	931	942	955	979	1019	1026
1032	1035	1071	1091	1108	1150	1180
1183	1201	1220	1229	1276	1291	1359
1360	1365	1373	1380	1402	1413	1437
1460	1479	1500	1574	1589	1639	1659
1703	1710	1758	1767	1769	1793	1862
1867	1887	1994	2036	2083	2173	2186
2213	2240	2266	2273	2290	2315	2368
2373	2391	2400	2517	2543	2598	2599
2616	2619	2632	2637	2640	2669	2690
2696	2716	2735	2739	2754	2758	2761
2771	2857	2871	2874	2962	2975	3058
3074	3091	3176	3189	3199	3210	3211
3223	3224	3257	3265	3298	3314	3328
3348	3407	3411	3433	3449	3471	3479
3503	3519	3535	3544	3547	3601	3627
3731	3757	3772	3781	3820	3931	

Die Gewinne sind am Dienstag den 14. August 1906, von nachmittags 4-8 Uhr, von „Wakenitz-Bellevue“ abzuholen. Später bei A. Käbe, Fischergasse 66. Bis zum 31. August nicht abgeholtte Gewinne verfallen der Vereinskasse.

I. O. G. T.

Gewinnliste der Tombola.
Ziehung vom 12. August im „Kolosseum“.

7	9	10	14	141	161	185
186	231	250	261	268	274	319
344	350	396	423	513	531	538
545	546	566	573	591	605	615
617	627	640	643	649	660	661
672	677	690	691	728	749	759
761	763	765	773	776	804	812
824	827	835	839	851	857	874
879	891	900	908	953	972	998
1076	1111	1143	1155	1190	1400	1407
1414	1491	1504	1521	1554	1574	1606
1648	1839	1897	1899	2043	2071	2075
2079	2136	2166	2244	2260	2364	2373
2437	2601	2641	2750	2756	2826	2850
2973	2980	3060	3078	3155	3166	3216
3225	3247	3276	3293	3342	3352	3379
3390	3428	3434	3437	3457	3541	3590
3607	3620	3640	3641	3672	3673	3710
3714	3731	3801	3803	3830	3885	3890
3926	3932	3942	3958	4013	4039	4040
4070	4087	4114	4130	4140	4142	4156
4164	4180	4240	4291	4304	4316	4322
4327	4345	4353	4356	4368	4396	4404
4410	4416	4434	4447	4448	4464	4466
4490	4493	4500	4501	4512	4525	4532
4545	4549	4556	4562	4566	4601	4606
4609	4613	4688	4697	4706	4746	4764
4771	4775	4781	4801	4806	4825	4834
4835	4849	4859	4879	4881	4885	4887
4901	4903	4936	4938	4945	4969	4970
4973						

Gewinne können Dienstag den 14. d. h. nachmittags, im „Kolosseum“, später im Vogenheim, Fischstr. 36, in Empfang genommen werden.

Achtung!
Holzarbeiter!

Die regelmäßige Mitglieder-Versammlung am Dienstag den 14. d. fällt aus.
Die Lokalverwaltung.

Wilhelm-Theater.
Dienstag den 14. August. 8 Uhr.
Letztes Gastspiel von Luise Deloséa.
Die berühmte Frau.
Vuffspiel in 3 Akten von Schönthan.
Mittwoch: Benefiz für Josef Kron.
Abschieds-Gastspiel Luise Deloséa.
Alt-Heidelberg.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1905.

Im verfloffenen Jahre ist von dem organisierten Unternehmertum im weitesten Maße und mit größtem Vorbedacht die Probe aufs Exempel gemacht worden, ob durch Aussperrungen, durch Maßregelung von Mitgliedern und durch sonstige irgend nur anwendbare Mittel die Widerstandskraft der Gewerkschaften gebrochen oder auch nur herabgemindert werden kann. Das Resultat ist eine nie gekannte Stärkung der Gewerkschaften, eine in keinem vorherigen Jahre erreichte Mitgliederzunahme, eine Vermehrung der Einnahmen um 7 3/4 Millionen Mark und eine Erhöhung des Kassenschatzes um 3 1/2 Millionen Mark. Der Umstand, daß gerade die Gewerkschaften, die am meisten unter Aussperrungen zu leiden hatten, den größten Mitgliederzuwachs haben, dürfte beweisen, daß nicht die vermehrte Agitationskraft der Organisationen allein diesen gewaltigen Fortschritt herbeiführte, sondern daß dem Unternehmertum und seinen Unterdrückungs- und Sprengungsversuchen ein nicht geringer Anteil an diesem Erfolge zuzuschreiben ist.

Im Jahre 1905 vermehrte sich die Zahl der Mitglieder im Jahresdurchschnitt um 292 695, das sind 46 201 Mitglieder mehr, als die gesamten Zentralverbände im Jahre 1894 hatten. Vom Jahre 1891 bis zum Jahre 1893 stieg die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften von 277 659 auf 223 530 zurück. Von da ab zeigte sich eine ständige Aufwärtsbewegung, wie die nachstehende Uebersicht ausweist.

Jahr	Mitgliederzahl	Zunahme gegenüber dem Vorjahre	in Proz.
1894	246 494	22 964	10,2
1895	259 175	12 681	5,2
1896	329 230	70 055	27,0
1897	412 359	83 129	25,2
1898	493 742	81 383	19,7
1899	580 473	86 731	17,5
1900	680 427	99 954	17,2
1901	677 510	—	—
1902	733 206	55 696	8,2
1903	887 698	154 492	21,0
1904	1 052 108	164 410	18,5
1905	1 344 803	292 695	27,8

Die Mitgliederzunahme war in den einzelnen Jahren keine gleichmäßige. Im Jahre 1901 findet sich sogar ein Rückgang in der Mitgliederzahl um 2917, der in der ungünstigen Wirtschaftslage dieses Jahres seine Erklärung findet und nicht geeignet ist, das Gesamtbild zu trüben.

Betrachtet man die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in der Regel geringer wird, so ergibt sich für 1905 eine unvergleichliche Mitgliederzunahme, denn auch der Prozentsatz mit 27,8 ist in keinem Jahre vorher erreicht worden. Der nächste höchste prozentuale Zuwachs an Mitgliedern war im Jahre 1896 mit 27,0 Proz. zu verzeichnen.

Vergleicht man den Mitgliederbestand des vierten Quartals 1905 mit dem des vierten Quartals 1904, so ergibt sich eine noch größere Zunahme als im Jahresdurchschnitt. Im vierten Quartal 1904 zählten die Gewerkschaften 1 116 723, im ersten Quartal 1905 1 230 325, im zweiten Quartal 1 317 012, im dritten Quartal 1 389 178 und im vierten Quartal 1 429 303 Mitglieder, mithin gegenüber dem vierten Quartal 1904 eine Zunahme von 312 584 Mitgliedern.

Es ist vielfach der Wunsch ausgesprochen, die Mitgliederzunahme nach dem Vergleich des letzten Quartals des Berichtsjahres mit dem letzten Quartal des Vorjahres in der Statistik anzugeben. Welche Berechnungsmethode die richtige ist mag dahingestellt bleiben. Da aber bis zum Jahre 1903 ein Ausweis über den Mitgliederbestand in den einzelnen

Quartalen in der Statistik nicht gegeben war, so wird für die Gesamtziffern die bisherige Berechnung der Mitgliederzunahme im Jahresdurchschnitt beibehalten werden müssen, um den Vergleich mit den Vorjahren nicht zu beeinträchtigen. Dagegen kann für die einzelnen Gewerkschaften sehr wohl die Mitgliederzunahme vom 4. Quartal des Vorjahres zum 4. Quartal des Berichtsjahres erfolgen, ohne zu Irrtümern Veranlassung zu geben. In der nachfolgenden Aufstellung ist dies geschehen. Es hatten an Mitgliedern zugenommen im vierten Quartal 1905 gegenüber dem vierten Quartal 1904:

Metallarbeiter 60 728, Maurer 28 551, Textilarbeiter 26 550, Fabrikarbeiter 25 089, Holzarbeiter 24 755, Bergarbeiter 24 378, Bauhilfsarbeiter 16 420, Handels- und Transportarbeiter 10 249, Maler 7468, Gemeindefunktionäre 7092, Schneider 7034, Zimmerer 6210, Wäschearbeiter 5325, Schuhmacher 4991, Steinarbeiter 4918, Glasarbeiter 4776, Tabakarbeiter 4644, Brauereiarbeiter 4083, Buchdrucker 3896, Buchdruckerhilfsarbeiter 3488, Schmieße 3385, Maschinenisten 2733, Porzellanarbeiter 2557, Lithographen 2182, Handlungsgehilfen 2103, Hafenarbeiter 1916, Bäcker 1668, Stukkateure 1631, Sattler 1370, Dachdecker 1255, Buchbinder 1253, Tapezierer 1135, Portefeuille 1072, Lederarbeiter 994, Fuhrwerker 985, Steinseher 939, Glaser 930, Gastwirtsgehilfen 883, Böttcher 750, Konditoren 656, Töpfer 588, Gärtner 517, Schiffszimmerer 505, Müller 497, Kupferschmiede 480, Barbier 451, Zigarrensortierer 317, Fleischer 184, Bildhauer 182, Seeleute 170, Asphaltreue 161, Handschuhmacher 136, Bureauangestellte 135, Notenflecker 121, Lagerhalter 106, Bergarbeiter 103, Grabreue 78, Blumenarbeiter 75, Formflecker 72, Buchdrucker Elsaß Lothringen 65, Biblmuster 27.

Eine Mitgliederabnahme ist nur bei dem Verbands der Kürschner, und zwar mit 59, zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt berechnet, würde dieser Verband eine geringe Mitgliederzunahme aufweisen. Er hatte im Jahresdurchschnitt 1935 Mitglieder im Jahre 1904 und 1939 Mitglieder im Jahre 1905.

Für die Berechnungen über die Einnahme und die einzelnen Ausgaben der Verbände läßt sich nicht die Mitgliederzahl am Schluß des Berichtsjahres, sondern nur die Jahresdurchschnittsziffer verwenden. Diese ist deshalb in der nachfolgenden Aufstellung, wie auch in den weiteren Zahlenangaben verwandt. Es hatten im Durchschnitt des Jahres 1905 Mitglieder:

Metallarbeiter 233 323, Maurer 155 911, Bergarbeiter 124 976, Holzarbeiter 119 925, Textilarbeiter 66 959, Fabrikarbeiter 66 689, Handels- und Transportarbeiter 46 906, Bauhilfsarbeiter 46 308, Buchdrucker 43 251, Zimmerer 42 249, Maler 29 470, Schneider 28 626, Schuhmacher 26 366, Tabakarbeiter 24 619, Brauereiarbeiter 21 697, Gemeindefunktionäre 17 926, Buchbinder 16 787, Schmieße 15 820, Hafenarbeiter 14 229, Steinarbeiter 13 869, Lithographen 12 270, Töpfer 10 941, Maschinenisten 10 477, Bäcker 10 285, Porzellanarbeiter 10 084, Glasarbeiter 8940, Steinseher 7157, Stukkateure 7091, Buchdruckerhilfsarbeiter 6896, Böttcher 6825, Tapezierer 6638, Lederarbeiter 6403, Sattler 5606, Fuhrwerker 5158, Bildhauer 4843, Handlungsgehilfen 4796, Dachdecker 4750, Glaser 4412, Westarbeiter 4192, Gärtner 3936, Müller 3880, Kupferschmiede 3721, Gastwirtsgehilfen 3656, Seeleute 3348, Portefeuille 3318, Konditoren 3071, Handschuhmacher 3050, Wäschearbeiter 2884, Schiffszimmerer 2788, Fleischer 2338, Grabreue 2313, Kürschner 1939, Bergarbeiter 1807, Zigarrensortierer 1718, Lagerhalter 1429, Barbier 1321, Buchdrucker Elsaß Lothringens 907, Biblmuster 722, Bureauangestellte 667, Asphaltreue 568, Formflecker 517, Blumenarbeiter 475, Notenflecker 433, Schiffszimmerer 327. Der Verband der Werftarbeiter, der sich am 1. Oktober 1905 auflöste und dessen Mitglieder sich den Verbänden der Holzarbeiter und der Metallarbeiter anschlossen, zählte im Durch-

schnitte der ersten drei Quartale des Jahres 1905 4192 Mitglieder.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Ueber 300 Angestellte der Berliner Paketfabrikgesellschaft sind ausständig geworden. In der Druckereibehaltung arbeiten noch 160 Mann weiter. Das Gesamtpersonal beträgt 750 Mann einschließlich der Bureauangestellten. In dem Gebäude ist zum Schutze für die Arbeitsschaffenden eine Polizeistation errichtet worden. — In Berlin haben sich die Bau- und Erdarbeiter den streikenden Maurern angeschlossen. — Die Danziger Böttcher streiken. — Die Aussperrung der Böttcher in München endete mit einem Erfolge der Arbeiter.

Fabrikarbeiter-Generalversammlung. Die Sitzung am Donnerstag vormittag war der Regelung der Beitragshöhe gewidmet. Hier lagen eine ganze Reihe, den Kollegen aus der Fachzeitung bekannte Anträge vor. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Hamburg angenommen. Nach demselben beträgt der Beitrag für männliche Mitglieder 40 Pf. (bisher 30 Pf.); der Beitrag für weibliche Mitglieder wurde auf 20 Pf. belassen, jedoch können diese auch den höheren Beitrag bezahlen. In der Nachmittagsitzung wurde zunächst beschlossen, daß Vorstand und Ausschuß in zwingenden Fällen das Recht zur Ausschreibung einer Extraversammlung haben; Nichtzahlung derselben ist Ausschlußgrund. Weiter wurde beschlossen: Zu § 6, Absatz 6: Die Beitragspflicht ruht während nachgewiesener Erwerbslosigkeit. Zu § 9, Absatz 31: Die Anmeldung erkrankter Mitglieder zur Erwerbslosenunterstützung muß in den ersten 6 Tagen nach Ausstellung der ärztlichen Bescheinigung unter Vorlegung derselben beim Bevollmächtigten oder Vertrauensmann erfolgen. Zu § 11, Absatz 3: In Bahnhöfen, wo besoldete Beamte angestellt sind, ist die Zahl der Revisoren um die Zahl der besoldeten Beamten zu erhöhen. Zu § 15: Der den Vorbestand, welcher in den Händen des Kassierers sein soll, feststehende Schlußlag ist zu streichen. Zu § 16, Absatz 8: Zahlstellen von 1000 Mitgliedern können einen Delegierten wählen. Orte, an denen mehr wie 1000 Mitglieder sind, können nur auf je weitere 1000 Mitglieder einen Delegierten wählen. Kleinere Zahlstellen werden zu Wahlkreisen von 1000 Mitgliedern vereinigt. Für jeden Delegierten ist ein Stellvertreter zu wählen. Zu § 16, Absatz 9: Mitgliedern, die am Wahlsonntage arbeiten müssen, ist die Teilnahme an der Wahl an einem andern Tage zu ermöglichen.

Kreisversammlung für den Wahlkreis Solingen. Am Sonntag tagte die diesjährige Konferenz in Solingen. Die Volksvereine des Wahlkreises haben jetzt insgesamt 2371 Mitglieder; es ist im letzten Jahre eine Zunahme von 211 Mitgliedern zu verzeichnen. Infolge eines Kassenschatzes von 1415,18 Mk. bezw. 2082 52 Mk. beträgt die Gesamteinnahme und Ausgabe 7752,14 Mk. Die Diskussion über den Bericht war eine sehr lebhaft, die meisten Redner neigen sich der Ansicht zu, daß es noch an der Zeit sei, auch in Solingen eine feste Kontrollkommission zu schaffen. Die Frauen des Wahlkreises haben im Frauenbildungsberein 572 Genossinnen organisiert. Es wurde die Bildung von Jugendorganisationen beschlossen. Einstimmig angenommen wurde dann die nachfolgende Resolution: „In Erwägung, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zwischen der herrschenden Gesellschaft und dem Proletariat nicht vermindern, sondern naturgemäß verschärfen, hält die Kreisversammlung den politischen Kampfreiz nach wie vor für eine der wirksamsten Waffen im Emanzipationskampfe der Arbeiter. Sie erwartet daher, daß der Mannheimer Parteitag in demselben Sinne wie der Jenaer Parteitag beschließen wird.“ Abgeschlossen wurde dagegen der zweite Absatz: „Die Kreisversammlung spricht dem Parteivorstand in

Die Heiterkeit.

Von Otto Ludwig.

(3 Fortsetzung.)

Wie weit war ihr Herz vom Gefühle ihrer Kraft und Selbstständigkeit! Es war ihr, als hätte sie einen Sieg über alle Männer der Welt davongetragen. Nicht mit dem Blicklichen tauchte sie jetzt. Aber das hätte sie auch wohl sonst nicht getan. Denn niemand konnte wohlher sein in seiner eigenen Haut, als der Heiterkeit; in eine Fremde: sie auch nur hineinzudenken, fiel ihr nicht ein. So fragte jede Silber an ihr von Kraft, jeder Gedanke von Uebermut.

Bald hatte sich ihr Kopf erholt und das Phlegma der Gesundheit auch die innere Bewegung so auf, das richtige Maß zurückgebracht, daß, als sie weiter fuhr, den richtigen Gleichschritt kein schnellerer Atemzug mehr hörte.

Wir können sie getroffen sich selber überlassen; es wird für das Verständnis unserer Erzählung nützlich sein, dem Orte, dem sie so rüftig zuführt, und dem Treiben und der Art seiner Bewohner einen, wenn auch nur flüchtigen, Blick zu gönnen. Wir eilen ihr voraus, sicher, daß sie uns bald einholen wird.

Wir kommen zunächst durch eine Doppelreihe von Stäbels und wissen nun schon, Ludenbach gehört zu jenen Städtchen, in deren Tätigkeit sich Ackerbau und Gewerbe teilt. Der Gründer Markt ist ein Ausnahmestag. Denn was Waren hat, sei zu halten, Geld, um zu kaufen, Wein, um zu tanzen, Arme, um Regel zu schenken, oder sich zu schlagen, eine Orgel, um zu singen und zu trinken, ja, nur Augen, um zu sehen, das fliegt heut sicher nach dem Grunde. Aber nur einige Stunden früher, und wir hätten auch heut ein Bild gehabt vom Leben und Treiben des Städtchens im Sommer, wenn auch ein weniger lebendiges und figurativeres, als an anderen Tagen. Männer in Hemdenärmeln fanden plaudernd und rauchend an befreundeten Fenstern. Kluge Weiber und

Mädchen wuschen Salat oder schöpften mit dem „Rübel“ Wasser aus den großen feineren Brunnenkästen in „Wütten und Stügen“. Andere rasselten, die roßkanelenen Unterböcke hinter ihnen stehend, mit dem leeren Schieblarren über die Straßen nach dem Tor, oder lehrten langsame mit beladenen von höher zurück. Und nicht etwa bloß die armeren, wie die Heiterkeit. Wer Lächler hat, mietet keine Räder. Die angesehenste Bürgerstochter, die am Sonntag auf dem Schützenhof tanzt oder auf dem Bierhobentheater spielt, fährt Werkeltags im roßkanelenen Unterrock, ein buntes Tuch um die Haare, auf dem Schieblarren das Futter heim für die Räder. Die Männer sind Handwerker, die Frauen sind Bauern. Und den großen Feldarbeiten, Feu-, Grummet, Getreide und Kartoffelernte, macht auch bei den Männern das Handwerk Platz. Dana steht die Büsche leer, der Weibstuhl ruht, Schere und Säge hängen am Nagel; Meister, Lehrling und Geselle tummeln sich draußen im Felde oder auf der Wiese.

Wie kehren wieder zu der Heiterkeit zurück und treffen sie schon an den äußersten Stäbels. Sie fährt langsame als vorher; sie überlegt, ob sie hier noch einmal ruhen oder in einem Zuge fortfahren soll bis an die Nagelschmiede, wo sie ihre Ladung abzugeben hat. Sie ist schon zu dem letzten entschlossen, da fällt ihr ein offenes Stadeltor auf, vor dem eine Schnigbunt steht. Rings um diese liegen fertige und unfertige Hahnen und allerlei Werkzeug in der wildesten Unordnung durcheinander. Und kein Mensch dabei zu sehen noch zu hören.

Nichts war dem Mädchen verhafter als Unordnung. Wo sie dergleichen sah, suchte es ihr in den Händen. Sie konnte nichts unrecht sehen, ohne es recht zu stellen, und wenn sie noch so gut wußte, wie schlecht das sie sich damit verdienen würde. Unwillkürlich ließ sie den Schieblarren zur Erde nieder.

„So was!“ sagte sie und schlug vor unwilliger Verwunderung mit den Händen auf die Schürze. „Da läuft erst der Meister von der Arbeit, hernach die Gesellen und

der Lehrer (Lehrling), wie die Säul vom Trog. Freilich Sollen die Gesellen auf seinen Nutzen sein, wenn's der Meister selber nicht tut! Aus dem Hahnen-Fritz wird halt sein Lebtag nichts gemacht.“

An jedem andern wäre ihr Unordentlichkeit zuwider gewesen, am Hahnen-Fritz erregte diese ihren Zorn. Sie wußte nicht, warum, und war auch nicht gewohnt, über dergleichen sich Rede zu lassen. Aber es regte sich zugleich ein etwas in ihr, was sie freilich gewiß für nichts anderes hätte gehalten wissen mögen, als was für sie selbst es hielt, für Ordnungsliebe. Dieses etwas wußte jeden Zorn mit immer neuen unverfänglichen Vorwänden von einem Zugeständnis zum andern so lange fortzuschwägen, bis er endlich nichts mehr zuzusetzen hatte.

„Ich werd nicht so dumm sein,“ entgegnete der Zorn dem etwas, „Dudung zu machen, wo mich's nichts angeht. Aber über die Schnigbunt,“ sagte das etwas, „kann bei Nacht jemand fallen.“

Sie räumte die Schnigbunt hinein, und das Gespräch geht fort: „Und dem andern mag werden, was da will!“ „Wenn ich nicht einmal darüber wär, die Reffen sollten liegen wegen mir bis zum Gütefestag.“ — „Den Schniger und das Schnigmesser — guck nur! auch das Weil und die Säg' haben sie liegen gelassen, die lieberlichen Händ.“ „Wenn mich nicht das Zeug bauern läßt!“ — „So; nun fehlt nur noch, daß ich so dumm wär und kehrt auch noch die Spän hinein, aber — nicht einmal einen Besen haben die da. Es ist mir nur Wunder zu sein, ob das Volk nicht einmal einen Besen hat? Na, das soll wohl einer sein! Wird dem Gefindel keinen Finger kosten, wenn sich's selber einen zusammenbünd. eh' sie das stumpfe Ding da — meinet hal! Und das Stadelor ist auch hundert Jahr nicht geschnitzert. Es wär ich am den Hahnen-Fritz, wenn's ihm nicht recht geschä. Nunmehr müßt der Einer sein. Warum heirat' er nicht? Über was denn? Wenn der keine tüchtige kriegt, ist's schlimmer, als gar keine. Wenn er mich

Sachen seiner Stellungnahme zum politischen Massenstreik ihr Vertrauen aus. Sie hält es aber für dringend notwendig, daß das Protokoll der im Februar d. J. stattgefundenen Vorstandskonferenz unverzüglich veröffentlicht wird, weil das Verhalten des Parteivorstandes noch nicht ganz geklärt sei. Ueber die Entwicklung des Parteivorstandes, der „Bergischen Arbeiterstimme“, wurden günstige Berichte gegeben. Ein wesentlicher Grund sei allerdings nicht zu erklären gewesen, denn die Ausgaben des Jahres seien infolge großer Un- und Anständen, der Anschaffung von Rotationsmaschinen und Schnellpresse, der Schaffung von Zentralheizung und Bade-einrichtung sehr hohe gewesen. Beschwerden wurde darüber geführt, daß der Genosse May, der ehemalige Redakteur der „Bergischen Arbeiterstimme“, sich, trotzdem ihm die bekannte Schiedsgerichtsbefugnisgebung zu Elberfeld jede Mitarbeit an dem zu gründenden Solinger Lokallblatt und jede Ermächtigung in die Solinger Streikleitung unterlag, doch an der Gründung des Blattes der Lokalführer, des „Stahlwarenarbeiters“, beteiligt und an ihm mitgearbeitet habe nach eigenem Gutdünken. Es wurde ein Antrag auf Ausschluss Mays aus der Partei gestellt, anscheinend aber zurückgezogen, da nach dem Bericht der „Berg. Arbeiterstimme“ nicht über ihn abgestimmt worden ist. Genosse Gehr- überfeld hatte dagegen gesprochen und erklärt, sollte Gen. May trotz seines wiederholt gegebenen Versprechens, nicht mehr am „Stahlwarenarbeiter“ mitarbeiten zu wollen, doch noch weiter dafür schreiben, dann würden sich natürlich auch die Elberfelder Genossen schließlich gezwungen sehen, die Konsequenzen zu ziehen. Zum Schluß wurde noch über eine ins „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften“ übergegangene Notiz des Handlungsgehilfenblattes verhandelt, wonach es als unter aller Kritik bezeichnet wird, daß Genosse Hildebrand in Solingen als Redakteur angestellt wurde, obgleich er bis vor kurzem dem bürgerlichen harmoniebedürftigen Buchhandlungsgehilfenverein angehört und in seinem Vorstand gesessen habe. Dieser Verein bekämpfte den Zentralverband der Handlungsgehilfen in erheblicher Weise und bemühte sich, ihn bei indifferenten Handlungsgehilfen als „sozialdemokratisch“ zu denunzieren. Aus solchen Vorgängen seien manche zwischen Partei und Gewerkschaften entstehende Differenzen erklärlich. Das „Korrespondenzblatt“ hatte dem noch hinzugefügt: Die Schlußfolgerung des „Handlungsgehilfenblattes“ scheint gerade in diesem Falle recht zutreffend zu sein. Die „Metallarbeiterzeitung“ tritt nämlich mit, daß die „Bergische Arbeiterstimme“ soeben drei Artikel zur Massenstreikfrage gebracht hat, worin der „Vorwärts“ und der Parteivorstand sehr scharf angegriffen werden. Außerdem heißt es am Schluß des ersten Artikels: „Die Sache kommt also darauf hinaus, um es klipp und klar zu formulieren, daß die preussische Wahlrechtsbewegung an den Führern der Gewerkschaften gescheitert ist. Also abermals die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft.“ Genosse Schaal, der Geschäftsführer der „Berg. Arbeiterstimme“, bemerkte dazu, die Wahl des Genossen Hildebrand sei einstimmig erfolgt und zwar aus dem Grunde, weil sich die Behauptungen des Genossen Josephson (Zentralverband der Handlungsgehilfen als stark übertrieben herausgestellt hätten und befriedigend entkräftet werden konnten. Genosse Hildebrand erklärte u. a.: „Aus dem Zentralverbande bin ich im Juni 1903 ausgeschieden, Vorstandsmitglied der „Bereinsigung“ wurde ich bereits Pfingsten 1902. Niemand hat mir damals gesagt, das vertrage sich nicht mit meiner Zugehörigkeit zum Zentralverbande. Noch nach meinem Ausscheiden aus dem Zentralverbande hat mich im Jahre 1904 der Berliner Bevollmächtigte des Zentralverbandes, Friedländer, aufgefordert, im Zentralverbande einen Vortrag zu halten. Ich habe es gern getan, um zu zeigen, daß ich trotz meines Ausscheidens nicht ein Feind des Zentralverbandes sei. Wiederholt, auch im Jahre 1905 noch, hat der gleiche Berliner Bevollmächtigte mich gebeten, aus der Buchhändlervereinigung einen Gehilfen für die Buchhandlung des „Vorwärts“ zu besorgen, da der Zentralverband keine buchhändlerisch ausgebildeten Kräfte zur Verfügung habe. Es war also nie die Rede von einer Gegnerschaft zwischen Zentralverband und Buchhändlervereinigung. Erst als die Hauptversammlung der Buchhändlervereinigung Pfingsten 1905 ihr Programm in einigen veralteten Teilen modernisierte und verschärfte, fing das „Handlungsgehilfenblatt“ plötzlich eine systematische Bekämpfung der „Bereinsigung“ an: Der Grund dafür ist mir noch heute nicht ersichtlich. In der Abwehr von solchen Angriffen ist die „Bereinsigung“ dann gezwungenerweise gegen den Zentral-

verband“ aufgetreten. Für mich konnte der plötzliche Frontwechsel des Zentralverbandes, über dessen Gründe ich lediglich unbewiesbare Vermutungen hegen kann, nicht bestimmend sein, mein Verhältnis zur „Bereinsigung“ zu lösen. Ich möchte daher, die Sache ist von jener Seite maßlos übertrieben und hat keinerlei wesentliche Bedeutung. Es wurde beschloffen, das „Korrespondenzblatt“ zu demütigen, den in Frage kommenden Blättern eine Darstellung des Sachverhalts zu geben.

Was ein preussischer Richter sich Arbeitern gegenüber erlaubt.

Was ein preussischer Richter sich Arbeitern gegenüber erlaubt. Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich ein Maurer zu verantworten, der durch Verletzung kleiner Handgelenke auf des Gerichts, durch die Anklage vor dem Besuch eines hochhaltigen Lokals gewarnt worden, „groben Unfug“ verübt und sich alle preussische Polizeibehörden übertreten haben sollte. Die Feststellung der Personalkarte ergab u. a. auch, daß der Angeklagte bei einem Gendarmenposten gesteckt hatte. Während der Verhandlung fand es dann der Vorsitzende für angebracht zu fragen: „Sie sind Sozialdemokrat?“ Antwort: „Ja.“ „Daher? Sie beten im Gharerement gebietet haben?“ Abermalige Antwort: „Ja.“ Was sich dann der Amtsgerichtsrat, der auf den Namen Meyer hört, im weiteren Verlauf der Verhandlung leistete, übersteigt so ziemlich alles, was Richter sich bisher im Bewußtsein ihrer Unschicklichkeit und Unverletzlichkeit gegenüber Angeklagten herausgenommen haben. Der Angeklagte suchte, wie dies sehr gutes Recht war, die „Tat“ so harmlos wie möglich zu schildern. Diese Schilderung fand aber in einem Punkte im Widerspruch mit dem Protokolle der polizeilichen Vernehmung. Der Arbeiter bemängelte dabei die Art, wie das polizeiliche Protokoll zu stande gekommen war. Nun rief der Richter in äußerster Erregung: „Das ist doch Ihre Unterschrift!“ und bezeichnete die Behauptung des Angeklagten als „Unverschämtheit“, „bodenlose Frechheit“, „maßlose Frechheit“ usw. Dabei hielt er dem Angeklagten die Akten dicht vor das Gesicht und nahm eine Pose ein, die sehr an einen zürnenden Vater erinnert, der List verspürt, seinem ungezogenen Buben ein paar Ohrfeigen zu verabfolgen. Der Angeklagte ließ, in Unkenntnis seines Rechts, einen solchen Richter abzuschauen dies alles leider stillschweigend über sich ergehen. Er wurde dann zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt. Man sollte meinen, jeder Jurist müsse wissen, daß Ausdrücke wie „Unverschämtheit“, „bodenlose“ und „maßlose Frechheit“ jedem Menschen gegenüber eine strafbare Beleidigung darstellen. Was würde wohl einem Arbeiter passieren, der, auch außerhalb einer Gerichtsstube, einen Amtsrichter mit ähnlichen Ausdrücken regelt? Freilich gegen den Vorsitzenden eines Gerichts kann eine Beleidigungsklage nicht angestrengt werden, seine vorgelegte Behörde würde zu seinen Gunsten sofort den famosen „Kompetenzkonflikt“ erheben! Sozialdemokratische Arbeiter sind vor bürgerlichen Gerichten eben nahezu vogelfrei!

Der Kronprinz an der Arbeit. Für Leser, die da glauben sollten, der Kronprinz des Deutschen Reiches und von Preußen verrichte an leichte und weniger nützliche Arbeiten, bringen wir zu ihrer besseren Belehrung und Belehrung folgenden Bericht aus lokalen Blättern: Beim Aufbau eines neuen Markhallgebäudes, der seit etwa acht Tagen sehr beschleunigt im Neuen Garten bei Potsdam stattfindet, hat der Kronprinz fast täglich gewollt und persönlich den Fortgang der Arbeit im Augenschein genommen. Am Sonnabend ließ er sich zwei Maurer stellen, die er persönlich mit seinen Hantieren zeichnete, sowie eine Mauerkelle und einen Hammer geben und vermauerte die Steine eigenhändig, sobald sie an der Front sichtbar waren. — Aus diesen glaubwürdigen Versicherungen geht wohl für jedermann deutlich hervor, daß Fürstenthone nicht etwa, wie Beckenbauer von ihnen behaupten, sich bloß dem Sport und Spiel weihen, sondern daß sie zuweilen auch recht schwere und produktive Arbeit leisten, wenn es das Wohl des Vaterlandes erfordert. Glücklich das Land, das noch Fürsten besitzt, die höchst eigenhändig mit Hammer und Kelle den Untertanen ein edles Beispiel geben von dem Adel der Arbeit!

Der Denunziant schläft nicht. Bei der Matinee 1904 in Neu-Herburg sprach sich der Tagelöhner Karl Friedrich Pfaff aus Spremlingen angeblich beleidigend über den deutschen Kaiser und den Großherzog von Hessen aus. Er wurde erst kürzlich ange-

zeigt, und am 8. August verurteilte ihn die Strafkammer in Darmstadt zu sechs Monaten Gefängnis. Warum wird der Denunziant nicht sofort gehängt?

Verlorene Briefschaften. Die Dienstadtaktion in Frankfurt ließ man: Der am 4. August an der israelischen Post bei der Brief-Formierung untergegangene holländische Postkasten „3110“ hat u. a. 19 Briefe der Bahnhofs-Frankfurt-Brief vom 31. Juli und 1. August an Bord gebracht, deren Inhalt nach Amsterdam, Leiden, Breda und anderen Orten gelangt war. In den Briefen waren 448 Gulden in bar enthalten. Ueber den Verlust dieser Post ist noch nicht bekannt. Die Postdirektion hofft jedoch, daß mögliche Wiedereingaben bringen zu können.

Stöckerpost. Im Stöckerpost, das in der zweiten über den hohen Ton der sozialdemokratischen Post geht und wittert, nicht ein Wort!

Die Post fährt nach Osten aus,
Die Post fährt nach Westen,
Die Post in den Ostkreis,
Die Post in den Westkreis,
Die Post macht Hagerstreck,
So daß sie fast verreckte,
Die Post ist selbst unterdes
Bekümmert sich leicht im Sekt.

Wir begnügen uns damit, diese Reimerei des dichtenenden Silberkammes etwas niedriger zu hängen. So sehen sie aus, die Wächter und Beschützer des guten Tonens!

Litterarisches.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindepolitik. Herausgeber: Dr. Albert Südekum; Verlag: Paul Singer, Berlin. Geht in die Nr. 32 dieser Zeitschrift erschienen. Nur noch wenige Monate trennen uns von den diesjährigen Herbst-Gemeindefestlichkeiten. Ueberall, wo unsere Parteigenossen die Absicht haben, sich daran zu beteiligen, sollten sie nicht versäumen, sich schon jetzt die „Kommunale Praxis“ anzuschaffen. Sie finden darin ein reichhaltiges und wertvolles Agitationsmaterial; aus der letzten Nummer haben wir z. B. den Artikel über die Schulärzte Tätigkeit hervor und einen anderen über ein neues Fürsorgegesetz in Frankreich, der einen wichtigen Beitrag zur Reform der Armenpflege darstellt. Aber auch in den kürzeren Notizen werden mannigfache wirtschaftliche Hinweise gegeben. — Die „Kommunale Praxis“ kostet vierteljährlich 2,50 Mk.; man abonniert bei allen Postämtern, Zeitungsbelegungen und Buchhandlungen; Probeexemplare versendet der Verlag gratis und franco.

Gesetzesführer. Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts“ herausgegebenen Gesetzesführer erfreuen sich in Arbeiterkreisen großer Beliebtheit. Für jedermann, der sich in irgendwelchen Fällen über die in Frage kommende Rechtslage orientieren, der Eingaben machen, Klagen anstrengen usw. will, sind diese Führer geradezu ein unentbehrlicher Ratgeber. In dritter, verbesserter Auflage erschienen (soeben der „Führer durch das Gewerbe-Unfall-Versicherungsgesetz“, der in übersichtlicher Weise und leicht verständlicher Form den Inhalt des Gesetzes erläutert. Wir empfehlen denselben insbesondere auch allen Gewerkschaften, Arbeitersekretariaten, sowie überhaupt allen Auskunftsstellen zur Anschaffung. Der Preis des Führers beträgt 25 Pf.; bei Bezug für Vereine u. dgl. Preis nach Vereinbarung. Bestellungen auf diesen und sämtliche bereits früher erschienenen Führer nimmt jede Buchhandlung, jeder Kolporteur und Zeitungsträger entgegen.

Ämtliche Notierungen der Produktenbörse.
Inländisches Getreide. Lübeck, 11. August.
Weizen, 127—130 Pf. holl., Mt. 170—173, Roggen, 115—125 Pf. Mt. 140—150, Hafer, je nach Qualität Mt. 165—175, Gerste je nach Qualität Mt. 150—165.

Sternschau-Viehmarkt.
Hamburg, 11. August 1906.
Der Schweinehandel verlief ruhig. Zufgeführt wurden 2611 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Vorderfleisch 69—70 Mt., leichte 70—71 Mt., Sauen 62—66 Mt., und Ferkel 66—70 Mt. pro 100 Pfund.

zur Frau hält, da könnt er noch einer werden. Ich wollt's ihm schon gönnen; er ist doch nicht der allerklügste. Wenn ich einmal mit ihm zu reden kam, ich wollt ihm allerlei sagen. Ja, damit er wunder dacht, was ich mit ihm haben wollt? Was geht der mich an? Er hat meine Mutter nicht gefreut und will mich nicht frein. Und ich wüß ich nicht einmal. Den nicht und sonst gar keinen. Ich kann's manchmal selber allein machen. Und so ist's, und so ist's fertig!

So lautete das Gespräch, das die Gedanken der Heiteren miteinander führten. Und wie diese mit dem Gespräch, war sie selber mit dem Ansträumen fertig geworden. Das alte Schenkenlohr kreischte laut knarrend in der Angel; die Heiterer sah erschreckt sich um. Es war, als hätte zugleich etwas in den Büschen gerauscht. Aber alles war ruhig und niemand zu sehen. Das Tor hatte die Gräber vor der Scheune gestreift; die hatten gerauscht. Dennoch war das Mädchen mit einem Satz auf der Straße. Und nach der Miene, mit der sie weiter fuhr, mußte jeder, der ihr etwa begegnete, glauben, sie komme von Reich, wiewohl nicht vom Bismarckher in einem Lauf.

Schon war sie fast an dem Hohlwege, der die Scheunen von dem eigentlichen Städtchen trennt, als sie aus der Ferne ein wildes Durcheinander von Männerstimmen auf sich zukommen hörte. Erst wars ihr unendlich, mehr als „der Fritz, der Holbers-Fritz! ja, der Holbers-Fritz! na, der Holbers-Fritz!“ herauszuversetzen. Das Geschrei kam näher und wurde zu einer Art Gespräch. Die Stimmen waren ihr bekannt.

„Der Frankfurter Wirt“, schrie der Adams-Vieh, „das ist auch einer, aber gegen den Holbers-Fritz ist er doch nicht.“
„Was ich dran denk“, lachte ein anderer, „wie der Fritz da steht in Windig wieder den Tanzboden rein hat gelegt,

und hernach hat er uns alle festgehalten wie ein Fiesel. Teufel, was das eine Last!“
„Aber“, jodelte ein Dritter, „wie er das Fortentor aus hat gehoben und runter geworfen in den Steuerannahmehaus Garten, und sechs Mann haben's beinahe nicht wieder raufgebracht!“

„Auch das gerade das Gewitter kommen“, schrie der Adams-Vieh wieder, „wie ich schon den Rock angezogen hab zum Grüber Markt. Es ist nur gut, daß der Fritz auch Abhaltung hat gehabt, sonst hätte mich's doch geärgert.“
„Mit beim Grüber Markt!“ eiferte ein Viertes; „wo das hier lauer ist und die Bratwurst wie die Schwefelböyle und die Hammerknecht tun, als wären sie Herr'n auf dem Tanzboden.“

„Doch“, schrie der Adams-Vieh wie beleidigt. „Mar net, wenn der Fritz dabei ist. Du, Fritz, zur Liebe (Kirchweih) gehst mit im Grund. Auf die Hammerknecht hab ich's lang gewünscht. Den's muß's einmal wissen!“

Und nun schrien sie wieder zusammen, daß man nichts als das „der Fritz! ja, der Holbers-Fritz! na, der Holbers-Fritz!“ aus dem Geschrei heraus verstehen konnte.

Es waren etwa zehn Wurschen zwischen siebzehn bis zwanzig Jahren, die solchergestalt das Loß des Holbers-Fritz preßend daherkamen, der in ihrer Mitte einhergeht, schwerend, wie ein mächtiger Fleischergund, umhüllt von klaffen- den Mäpfern. Sie gestikulierten mit Pfeifen, Stöcken und Händen stützlich bemüht, durch Wichtigkeit und Gewaltfameit des Gebarens zu ersehen, was ihnen an Männlichkeit noch abging. Man sah, das wilde Wesen des Holbers-Fritz war ihr Wasser. Und das war freilich das einzige, in welchem sie ihm ähnlich zu sein vermochten. Denn so sehr sie sich auch flackten und die Schultern zusammennahmen, der Holbers-Fritz ragte doch um Kopf- und Halslänge über sie hinaus, und aus zwei ihrer Brustkästen war noch nicht einer geworden, wie ihn der Holbers-Fritz zwischen den Schultern trug. Er

war freilich fast doppelt so alt, als der Jüngste unter ihnen; aber man sah, er tat auch von seiner Seite das Mögliche, das Mißverhältnis des Alters zwischen ihm und seinen Gefährten wenigstens äußerlich auszugleichen. Er trug keine Weste unter dem Rock und den Hemdkragen über das keineswegs elegant gefüllte Halsstück herausgelagert. Wer ihn so mit dem unehelichen weichen Pfeifewort sah, an dem große hunte Quasten herumbaumelten, hält ihn eher für einen verwilderten Studenten angesprochen, als für einen ehrsamen Handwerksmeister.

Jetzt sah einer von den lärmenden Gesellen das Mädchen in den Hohlweg einbiegen.
„Dort kommt die Heiterer“, schrie er. „Macht, daß wir in den Hohlweg kommen, eh' sie wieder herans ist. Du, Fritz, mußt ihren Schiebkarren aufhalten“, sagte der Adams-Vieh. „Das gibt einen Spaß, wie er auf dem Grüber Markt nicht gewesen war!“

Das kam dem Fritz eben recht. Mit zwei Sprüngen waren sie in dem Hohlwege und der Fritz stellte sich unter dem Fabel der Gefährten in der Mitte des engen Weges dem Mädchen entgegen.

Die Heiterer merkte wohl, worauf's damit abgesehen war, aber sie hielt nicht an.

„Ausweichen“, dachte sie, „tut ich nicht, wenn's auch möglich war. Aber die sollen auch nicht denken, daß ich stillhalt oder zurückfahre ihrtweegen. Ist mir nicht bang, er wird schon beiseit springen, wenn ihm der Karren an seine Beine kommt. Mag er's haben! Warum läßt er mich nicht gehn!“

Aber bis an seine Beine kam der Karren nicht. Einen Schritt davon hielt ihn der Fritz an mit vorgeführter Hand.

Einen Augenblick standen sich die beiden hohen Gestalten schweigend gegenüber. Sie sahen sich, herausfordernd an über dem angehaltenen Karren. (Fortsetzung folgt.)